

Legislaturziele der SP-Fraktion 2019 bis 2023

GEMEINSAM GEGEN DIE MACHT DES STÄRKEREN

Für tiefere Krankenkassenprämien,
Arbeit und Ausbildung für alle,
Gleichstellung und Klima



Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach 7876
3001 Bern
Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70
www.spschweiz.ch

Layout: Atelier Bläuer, Bern
Druck: Valmedia AG, Visp

EINE SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Die rechtsbürgerliche Mehrheit hat in der vergangenen Legislatur auch in der Schweiz begonnen, auf die Macht des Stärkeren zu setzen. Die Schweiz stellt sich damit in eine Reihe von Ländern, in denen eine rücksichtslose Rechtspolitik im Interesse der Wenigen betrieben wird. Auch in Bundesbern will nun eine Mehrheit Kriegsmaterial in Konfliktgebiete exportieren und gleichzeitig bei den Schwächsten sparen. Der Lohnschutz steht zur Disposition. Abbau des Sozialstaats ebenso wie der Entwicklungshilfe sind Programm. FDP und SVP sabotieren die Energiewende und widersetzen sich der Gleichstellung von Mann und Frau. Vergleichbare Entwicklungen zeigen sich weltweit: Die Wenigen werden auf Kosten der Vielen noch reicher. Menschenrechte und rechtsstaatliche Errungenschaften werden verletzt. Aber die rücksichtslose Macht des Stärkeren gefährdet die Zukunft unseres Planeten. Wenn sich Klima, Sicherheit und Lebensbedingungen weltweit derart verschlechtern, ist es kein Wunder, dass zahllose Menschen zur Flucht gezwungen werden. Was wir brauchen, sind mehr Zusammenarbeit und Rechtsstaat. Der nationale Egoismus ist eine kurzsichtige Haltung. Er verschärft die Probleme nur.

Die SP kämpft gegen die Macht des Stärkeren. Sie vertritt eine Politik, die sich für die Interessen aller einsetzt sowie Demokratie und Rechtsstaat stärkt. Die Anliegen von Gleichheit, Mitbestimmung und Solidarität sind die Anliegen von Vielen. So haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger seit dem Rechtsrutsch 2015 immer wieder gegen die rechtsbürgerliche Politik gewehrt. Sie haben der Energiestrategie 2050 zugestimmt, die den Umstieg auf erneuerbare Energien umsetzt. Sie haben die skandalöse Unternehmenssteuerreform III abgelehnt. Und sie haben die No-Billag-Initiative, diesen Angriff auf den Service public im Medienbereich, an den Absender zurückspediert. Gleichzeitig haben zahlreiche Menschen in unserem Land Angst vor Arbeitslosigkeit und Lohndruck sowie vor dem Abbau von öffentlichen Dienstleistungen. Hohe Krankenkassenprämien und in vielen Gegenden auch hohe Mieten drücken auf das Portemonnaie der Menschen. Die Klimaerhitzung treibt die Jungen, die um ihre Zukunft fürchten, auf die Strasse.

Damit sich hier etwas ändert, braucht es neue Mehrheiten in Bern. Mehrheiten, die den Ausgleich suchen. Das neue Parlament wird die Geschicke der Schweiz in den nächsten Jahren entscheidend mitbestimmen. Die Bundesversammlung berät jährlich 50 bis 70 Gesetze, die wichtige Rahmenbedingungen für das Zusammenleben in der Schweiz und für die Rolle der Schweiz in der Welt festlegen, sie beschliesst das Budget der Eidgenossenschaft und wählt die Mitglieder des Bundesrats. Nur die wenigsten dieser Vorlagen werden dem Volk vorgelegt.

Dieser Legislaturausblick fasst zusammen, welche Werte uns wichtig sind, was wir bisher im Parlament erreicht haben und welche Projekte wir in den nächsten vier Jahren realisieren wollen. Diese politische Auslegeordnung wird uns in der nächsten Legislatur als Massstab dienen. Aber auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen uns daran messen können.

Roger Nordmann

Fraktionspräsident

INHALT

Sozial- und Bildungspolitik	7
1 Für eine soziale und moderne Familienpolitik	9
2 Für eine Stärkung der sozialen Sicherheit und systematische Bekämpfung der Armut	11
3 Für ein erschwingliches Gesundheitssystem für alle	13
4 Für Chancengleichheit in der Bildung sowie Aus- und Weiterbildung in allen Lebensphasen	15
5 Für eine breit zugängliche Tertiärbildung und hohe Qualität bei Lehre und Forschung	17
Finanz- und Wirtschaftspolitik	19
6 Für einen Arbeitsmarkt im Interesse aller Lohnabhängigen	21
7 Für faire Löhne für alle	23
8 Für erschwinglichen Wohnraum für alle	25
9 Für mehr Kaufkraft und mehr Rechte für Konsumentinnen und Konsumenten	27
10 Für eine gerechte Finanzpolitik	29
11 Für eine gerechte Steuerpolitik ohne Schlupflöcher	31
12 Für einen sauberen Finanzplatz im Dienst der Gesamtwirtschaft	33
Service Public, Mobilität, Klima und natürliche Ressourcen	35
13 Für einen flächendeckenden und qualitativ hochstehenden Service public	37
14 Für eine klimafreundliche Verkehrspolitik und einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr	39
15 Für den umfassenden Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen	41
16 Für eine Energie- und Klimapolitik mit dem Ziel einer gerechten und dauerhaften Entwicklung	43
Gleichstellung, Demokratie, Rechtsstaat und Bürgerrechte	45
17 Für eine umfassende Gleichstellung aller Geschlechter	47
18 Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie	49
19 Für Transparenz in der Politikfinanzierung	51
20 Für eine menschenwürdige Ausländer/innen- und Asylpolitik	53
Medien, Digitalisierung und Kultur	55
21 Für eine demokratische Medienpolitik, die die Vielfalt stärkt	57
22 Für eine Digitalisierungsstrategie im Interesse aller	59
23 Für eine vielfältige Kulturpolitik und breit zugängliche Kulturangebote	61

Europa, Nachhaltigkeit und internationale Politik	63
24 Für die Weiterentwicklung verlässlicher und guter Beziehungen zur EU	65
25 Für eine Entwicklungspolitik, die Armut bekämpft, in fragilen Staaten aktiv bleibt und Globale Öffentliche Güter schützt	67
26 Für die Macht des multilateralen Rechts statt das nationale Recht der Mächtigen	69
27 Für eine verantwortungsvolle Aussenwirtschaftspolitik	71
Frieden, Sicherheit und Strafrecht	73
28 Für eine Friedens- und Sicherheitspolitik des globalisierten 21. Jahrhunderts	75
29 Mehr Lebensqualität dank mehr öffentlicher Sicherheit für alle	77
30 Für eine ausgewogene Strafrechtspolitik	79
Weiterführende Materialien	81

A close-up photograph showing several hands working together to manipulate a thick, black, textured cord. The hands are positioned around the cord, with some fingers pulling and others holding it steady. The background is slightly blurred, showing a green and white striped fabric and a dark blue fabric with red circular patterns. The overall scene suggests a collaborative activity or a craft project.

SOZIAL- UND BILDUNGSPOLITIK

1

FÜR EINE SOZIALE UND MODERNE FAMILIENPOLITIK

In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft bildet die Familie in all ihren Ausformungen ein zentraler Bezugspunkt, in Erziehung und Betreuung der Nächsten ist sie unverzichtbar. Obwohl sich die Aufgabenverteilung zwischen Frau und Mann verändert, übernehmen noch immer Frauen den grössten Teil der unbezahlten Arbeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt schwierig. So ist ausserfamiliäre Tagesbetreuung nicht allen Familien zugänglich, und auch die Betreuung von kranken Angehörigen parallel zur Erwerbsarbeit ist in mancher Hinsicht eine Herausforderung.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für eine moderne und soziale Familienpolitik ein. Diese muss die Chancengleichheit ins Zentrum ihrer Bemühungen stellen. So darf die Erziehung eines Kindes weder ein Armutsrisiko darstellen noch zu sozialer Ausgrenzung führen. Alleinerziehende mit Kindern und Grossfamilien sind besonders von Armut betroffen. Deshalb setzen wir uns für finanzielle und organisatorische Unterstützung durch den Sozialstaat ein. Die Sozialziele der Verfassung sehen einen solchen Schutz vor, und wir erwarten vom Bund und den Kantonen, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen. Eine bessere Aufteilung der unbezahlten Hausarbeit zwischen Männern und Frauen ist ein weiteres Herzstück sozialdemokratischer Politik. Zudem muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Schliesslich spricht sich die SP für eine weitgefaste Definition des Begriffs «Familie» aus, die der Vielfalt ihrer Formen gerecht wird.

Das hat die SP erreicht

Dank der Beharrlichkeit der SP hat das Parlament das seit 2003 laufende Impulsprogramm zur Schaffung von Plätzen für die Tagesbetreuung erneut bis 2023 verlängert, trotz Ablehnung durch den Bundesrat und die harte Rechte. Mit dem Programm konnte die Schaffung von insgesamt 57 383 neuen Betreuungsplätzen unterstützt werden. Dank dem Einsatz der SP wurde es durch Massnahmen zur Flexibilisierung des Angebots und zur Kostenreduktion ergänzt. Die SP thematisierte im Rahmen der Fachkräfteinitiative systematisch die Frage einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, worauf entsprechende Massnahmen ergriffen wurden. Die SP trug auch zum Erfolg der Initiative zur Einführung einer Vaterschaftszeit bei und gab in der Parlamentsdebatte entscheidende Impulse.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Um die Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich der Erziehungsaufgaben zu fördern, setzt sich die SP für die Einführung einer Elternzeit von insgesamt 38 Wochen ein. Davon sind vierzehn Wochen für die Mutter und vierzehn für den

Vater reserviert. Die übrigen zehn Wochen können frei zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Als Zwischenschritt unterstützt die SP voll und ganz die eidgenössische Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie», die eine vierwöchige Freistellung für den Vater vorsieht.

- Die Adoption eines Kindes bedingt die Anwesenheit beider Adoptiveltern für den raschen Aufbau einer emotionalen Bindung und stellt somit eine organisatorische Herausforderung dar. Deshalb fordert die SP die Einführung einer Adoptionszeit von 14 Wochen, die zu gleichen Teilen zwischen den beiden Eltern aufzuteilen ist.
- Für Eltern, deren Kind schwer erkrankt ist, gibt es praktisch keine Unterstützung. Ein Kind mit einer Krebserkrankung zum Beispiel braucht die Nähe einer vertrauten Person. Die SP unterstützt das Projekt des Bundesrats zur Einführung einer Freistellung zur Betreuung eines kranken Kindes und plädiert für eine Maximaldauer von 48 Wochen. Es braucht auch Unterstützungsbeiträge für Personen, die eine/n akut erkrankte/n oder palliativ zu betreuende/n Angehörige/n pflegen.
- Das Platzangebot in der ausserfamiliären Kinderbetreuung soll ausgebaut und die von den Familien getragenen Kosten sollen gesenkt werden. Die SP fordert dazu qualitativ hochstehende Strukturen im Sinne eines Service public. Diese sollen Familien mit tiefem Einkommen kostenlos zur Verfügung stehen. Das Tagesschulangebot muss gratis sein und quantitativ und qualitativ ausgebaut werden.
- Es braucht gezielte Massnahmen, um Familienarmut zu verhindern und zu bekämpfen. So setzt sich die SP für die Erarbeitung eines nationalen Rahmengesetzes ein, das die Zusatzleistungen für Familien regelt. Kinder aus benachteiligten Familien müssen von Frühförderung profitieren können.

2

FÜR EINE STÄRKUNG DER SOZIALEN SICHERHEIT UND SYSTEMATISCHE BEKÄMPFUNG DER ARMUT

Ausgangslage

Soziale Sicherheit umfasst alle Massnahmen, die den Menschen eine finanzielle Absicherung gegenüber Lebensrisiken bieten und sie vor Armut bewahren. Dank diesen Massnahmen konnte die Schweiz gut gedeihen. Nun werden aber Sozialhilfebezüger/innen mehr und mehr stigmatisiert. Die Rechte lanciert frontale Angriffe zum schrittweisen Abbau des Sozialschutzes, und das im Namen der Eigenverantwortung. Im Allgemeinen bewirken die Kürzungen bei den Versicherungen eine Verlagerung der Kosten zur Sozialhilfe hin. Es braucht aber konkrete Antworten auf die Herausforderungen, die sich mit der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung stellen.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP ist die Anwältin der sozialen Gerechtigkeit, sie hat zum Wohlergehen der modernen Schweiz beigetragen. Die SP ist Garantin der sozialen Errungenschaften und sichert die Bewahrung des sozialen Zusammenhalts. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle vom gemeinsam geschaffenen Wohlstand profitieren und niemand von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen wird. Jede Situation von Armut, Not oder Ausgrenzung ist das Ergebnis von Schwächen des Systems. Die soziale Sicherheit soll diese Defizite verhindern. Deshalb verteidigt die SP das bestehende Versicherungsprinzip gegen das archaische Fürsorgeprinzip, zu dem die bürgerliche Rechte zurückkehren möchte. Zudem setzt die SP auf eine Systemreform des Sozialschutzes, um dessen Werkzeuge zu modernisieren, auf die neuen ökonomischen und sozialen Risiken auszuweiten und damit besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen. Ferner setzt sich die SP für eine bessere Koordination und Harmonisierung der Sozialsysteme ein.

Das hat die SP erreicht

Der Kampf für eine Stärkung der Altersvorsorge hat die letzten Jahre geprägt. Die SP setzte sich mit Erfolg gegen massive Leistungskürzungen in der AHV und der 2. Säule ein. Umgekehrt war sie Antriebskraft für den Kompromiss bei der Steuerreform, der die Finanzierung der 1. Säule in den nächsten Jahren garantieren soll. Die SP unterstützte ein Projekt, das eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für Eltern mit schwer behinderten Kindern vorsieht. Im Rahmen der EL-Reform setzte sich die SP mit aller Kraft dafür ein, dass die anrechenbaren Maximalbeträge beim Mietzins substanziell erhöht werden. Ebenso können dank dem Einsatz der SP ältere Arbeitslose ab 58 Jahren in Zukunft in ihrer Pensionskasse verbleiben, wenn sie von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die AHV ist der Grundpfeiler unserer sozialen Sicherheit und eine unerlässliche Einkommensquelle für die Rentnerinnen und Rentner. Nun decken aber die von der 1. Säule ausbezahlten Renten bei weitem nicht das in der Verfassung vorgesehene Existenzminimum ab. Schlimmer noch, die wirtschaftliche Lage der Rentnerinnen und Rentner hat sich erheblich verschlechtert. Die SP wird ihren Kampf für eine substanzielle Erhöhung der AHV-Renten sowie für eine finanzielle Konsolidierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung fortführen. Die langfristige Finanzierung muss in erster Linie durch die Erhöhung des Bundesbeitrags und der Lohnbeiträge garantiert werden.
- In der 2. Säule leiden die Frauen unter einer eklatanten sozialen Ungerechtigkeit. Die Rentendifferenz zwischen Frauen und Männern beträgt fast 60 Prozent. Schuld daran ist in erster Linie der schwierige Zugang für Menschen mit tiefen Einkommen. Die SP wird für eine bessere soziale Absicherung der Teilzeitarbeit kämpfen. Ebenso sind Betreuungs- und Erziehungsgutschriften auch in der 2. Säule zu prüfen.
- Die IV berücksichtigt psychosoziale Risiken nur ungenügend. Die SP unterstützt vollumfänglich die im Rahmen der IV-Reform vorgesehenen Massnahmen, mit denen betroffene Personen wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert und insbesondere Kinder und Jugendlichen besser unterstützt werden sollen.
- Die Sozialhilfe wird von den Kantonen geregelt und finanziert. Sie ist wegen der Abbaumassnahmen bei den Sozialversicherungen mit immer komplexeren Fällen konfrontiert. Um die Gleichbehandlung zu fördern und die Betreuung der betroffenen Personen zu verbessern, fordert die SP ein Rahmengesetz des Bundes zur Sozialhilfe und eine Harmonisierung des Existenzminimums auf dem Niveau der EL.
- Die SP wird sich auch für eine allgemeine Erwerbsausfallversicherung einsetzen. Sie soll allen Personen, die wegen Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Militär- bzw. Zivildienst keine Erwerbstätigkeit ausüben, finanziellen Schutz bieten.

3

FÜR EIN ERSCHWINGLICHES GESUNDHEITSSYSTEM FÜR ALLE

Ausgangslage

Das schweizerische Gesundheitssystem gehört zu den besten weltweit. Die Gesundheitskosten steigen jedoch laufend. Hauptgrund dafür ist neben dem technologischen Fortschritt und der demografischen Alterung eine Mengenausweitung, ausgelöst durch die Jagd nach Profiten. So kommt die Finanzierung des Gesundheitswesens an ihre Grenzen. Die asozialen Kopfprämien der Krankenkassen werden für die Bevölkerung zu einer untragbaren Belastung. Gleichzeitig beschneiden die Kantone ihre Budgets bei den individuellen Prämienverbilligungen massiv, und die Rechte will eine untragbare Rationierung der Leistungen durchsetzen, um die Kostensteigerung zu bremsen.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP kämpft für ein Gesundheitssystem als Teil des Service public. Deshalb ist es zwingend nötig, dass der Staat über genügend Kompetenzen im Versorgungsmanagement, bei der Dämpfung der Kostenentwicklung und bei der Leistungsfinanzierung verfügt. Zudem setzt sich die SP dafür ein, dass für die ganze Bevölkerung der Zugang zu medizinischer Pflege von einwandfreier Qualität garantiert ist. Dieser Zugang muss sowohl finanziell als auch vom Angebot her gewährleistet sein. Die Versicherten sollten endlich gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen, und nicht über unsoziale Kopfprämien. Die gesamte Bevölkerung soll von einer medizinischen Grundversorgung von hoher Qualität im ganzen Land profitieren. Schliesslich liegen der SP die Patientinnen und Patienten besonders am Herzen. Deshalb setzt sich die SP für eine Stärkung ihrer Kompetenzen und Rechte ein. Die Sicherheit und der Wille der Patientinnen und Patienten sollen im Zentrum der Überlegungen zur Gesundheitspolitik stehen.

Das hat die SP erreicht

Das Krankenversicherungsgesetz ist das Ergebnis sozialdemokratischer Knochenarbeit. Seither hat die SP ihr ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen, um substantielle Verbesserungen zu erzielen. Dank dem Druck der SP konnte der Preis zahlreicher Medikamente so stark gesenkt werden, dass jedes Jahr mehrere Hundert Millionen eingespart werden können. Mit der Annahme der Revision des Heilmittelgesetzes wird es möglich sein, die Transparenz zu verstärken und die materiellen Vorteile für die Leistungserbringer besser einzugrenzen. Danke einer parlamentarischen Initiative der SP konnten die Prämien für junge Erwachsene beträchtlich gesenkt werden. Schliesslich stand die SP am Ursprung der Erarbeitung eines nationalen Krebsregisters, das eine wirksamere Bekämpfung dieser Krankheiten ermöglichen soll.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Heute müssen Haushalte mit Kindern oftmals mehr als 20 Prozent ihres Einkommens zur Bezahlung der Prämien aufwenden. Anfang 2019 hat die SP eine eidgenössische Volksinitiative lanciert, mit der die Prämien auf 10 Prozent des verfügbaren Einkommens der Haushalte begrenzt und die Bedingungen zur Gewährung von Unterstützung harmonisiert werden sollen.
- Die SP setzt sich für eine dauerhafte Lösung bei der Zulassung von Ärzten ein. Der Staat muss beim Versorgungsmanagement eine grössere Rolle spielen, über die Vergabe der Praxisbewilligungen für Ärzte und Ärztinnen entscheiden und ihre Anzahl aufgrund einer Bedürfnisanalyse begrenzen. Zulassungen sollen auf Qualitätskriterien beruhen und unter den Kantonen koordiniert werden.
- Der Medikamentenpreis soll dank der Einführung eines Referenzpreissystems gesenkt werden. Der Zugang zu Medikamenten und innovativen Behandlungen muss für alle garantiert sein. Die Verschwendung muss bekämpft und namentlich der stückweise Verkauf von Tabletten eingeführt werden.
- Das 2004 eingeführte TARMED-System ist anachronistisch und unterstützt sinnlose Leistungserbringung. Es braucht eine nationale Organisation, welche die Tarife kontinuierlich anpasst und Tarifmodelle entwickelt, die eine Koordination der Behandlungen fördern und deren Qualität verbessern.
- Um die Patientenrechte zu stärken, braucht es einen Fonds zur Entschädigung von Patientinnen und Patienten, die wegen mangelnder Qualität oder bei Komplikationen nach einer Behandlung Schäden erleiden. Dafür braucht es Beiträge des Staates, der Leistungserbringer und der Unternehmen im Gesundheitsbereich.
- Die SP fordert die Verabschiedung eines Aktionsplans für Gesundheitsprävention und -förderung mit dem Ziel, die Anzahl chronischer, nicht übertragbarer und psychischer Krankheiten zu senken sowie die Suchtprävention zu stärken, namentlich durch die Regulierung des Marktes für Cannabis.
- Der ambulante Bereich soll gegenüber dem stationären privilegiert werden. Namentlich muss eine bessere Koordination der Langzeitpflege gewährleistet sein. Der Bund soll zudem finanziell zu einer qualitativ hochstehenden Pflege zu Hause beitragen.

4

FÜR CHANCENGLEICHHEIT IN DER BILDUNG SOWIE AUS- UND WEITERBILDUNG IN ALLEN LEBENSPHASEN

Ausgangslage

Gute Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Unser Bildungssystem zeichnet sich durch Qualität und Durchlässigkeit aus. Die soziale Herkunft bestimmt aber noch immer zu stark den Bildungsverlauf. Der Eintritt in den Kindergarten und der Übertritt auf allen Stufen der Schule zementieren Ungleichheit. Kinder und Jugendliche mit besseren Lernvoraussetzungen profitieren von Vorschul- und Lernangeboten sowie ergänzenden Aktivitäten mehr als solche mit schlechteren Startchancen. Mehr Bildungsmöglichkeiten haben bisher nicht ausreichend zum Abbau von sozialer Ungleichheit geführt. Dieser Befund gilt auch für Erwachsene. Weiterbildung und Nachqualifizierung sind nicht für alle gleichermaßen zugänglich.

Das sind unsere Grundsätze

Bildung ist ein Menschenrecht. Jedes Kind, jeder Jugendliche und jeder Erwachsene soll von einem hochwertigen Angebot auf allen Stufen profitieren, basierend auf den Fähigkeiten und unabhängig von Wohnort, Geschlecht, Nationalität und sozialer Herkunft. Die Durchlässigkeit des Systems muss gestärkt werden. In der Bevölkerung besteht ein grosses Potential, um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Die Anforderungen der Arbeitswelt und die Bildungsangebote müssen aber besser aufeinander abgestimmt werden. Instrumente für die Nachholbildung Erwachsener sind vorhanden, müssen aber für alle zugänglich, mit familiären und beruflichen Verpflichtungen vereinbar und bezahlbar sein. Zentral sind Weiterbildungsmöglichkeiten für alle in jeder Lebensphase, die auf erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen beruhen. Gut ausgebildete Lehrpersonen und Bildungsfachleute, die unter motivierenden Arbeitsbedingungen ihre Aufgabe wahrnehmen, sind für die Chancengleichheit zentral, Budgetkürzungen gefährden sie.

Das hat die SP erreicht

Die Harmonisierung des Bildungswesens ist ein wichtiges, von der SP geprägtes Projekt. HarmoS und die regionalen Lehrpläne konnten in zahlreichen Volksabstimmungen auf kantonaler Ebene verteidigt werden. Die SP hat dazu beigetragen, dass der Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule obligatorisch bleibt. Die SP hat das Thema der frühen Förderung lanciert, die – im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern – nicht ausreichend gepflegt wird. Frühe Förderung bedeutet nicht Leseunterricht für Dreijährige, sondern die individuelle Förderung der Entwicklung eines Kindes, seiner Gesundheit und seines Wohlergehens. Dank der SP sind die Themen Weiterbildung und Chancengleichheit in der öffentlichen Debatte präsent. Mit dem Weiterbildungsgesetz wurde ein Etappenziel erreicht. Es ist aber mit zu wenig Ressourcen und Inhalten ausgestattet.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen bei der frühen Förderung, beim Kindergarteneintritt, bei der Integration, bei den Übergängen zwischen den Bildungsstufen sowie bei der Verknüpfung von Elternhaus und Betreuung.
- Die schulischen Rahmenbedingungen müssen auf Chancengleichheit ausgerichtet sein. Dazu gehören maximale Klassengrößen und der gezielte Einbezug von Fachleuten. Ziel muss ein integratives Modell bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit sein. Kostenlose Tagesschulen sollen zum Standard werden.
- Es braucht qualitativ gute Betreuungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen sowie begleitende Angebote bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. Die Elternbeiträge müssen finanziell tragbar sein.
- Politische Bildung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen sollen auf allen Schulstufen altersgerecht vermittelt und aktiv gelebt werden.
- Schulische Mobilität und Austausch im In- und Ausland sollen auf allen Schulstufen verstärkt gefördert werden mit dem Ziel, Verständnis für andere Kulturen und Sprachen zu entwickeln.
- Die berufliche Grundbildung muss ausreichend finanziert sein. Der Stellenwert des dualen Bildungswegs soll breit anerkannt sein, und es braucht Angebote für schwächere Jugendliche.
- Die Abschlussquote auf Sekundarstufe II muss auf mindestens 95 Prozent erhöht werden.
- Für Erwachsene soll es bei der Berufsbildung flexibilisierte und modularisierte Angebote geben. Die Grundkompetenzen müssen gefördert werden.
- Die berufliche Weiterbildung soll flexibilisiert werden, so dass sie die Vereinbarkeit ermöglicht und den Lebensrealitäten entspricht, insbesondere auch bei der Altersgruppe über 50. Erfahrungen und Kompetenzen sollen angerechnet werden. Ziel ist, dass die Menschen unter guten Bedingungen im Arbeitsprozess bleiben und mit den Herausforderungen der Digitalisierung konstruktiv umgehen können.
- Die Arbeitsbedingungen für alle Fachpersonen in der Bildung und der familienergänzenden Betreuung müssen den Erwartungen an diese anspruchsvollen Tätigkeiten gerecht werden.

5

FÜR EINE BREIT ZUGÄNGLICHE TERTIÄRBILDUNG UND HOHE QUALITÄT BEI LEHRE UND FORSCHUNG

Ausgangslage

Lehre, Forschung und Innovation sind öffentliche Güter, die allen zustehen. Sie bilden die Basis unseres Wohlstands. Sie zeichnen sich durch Exzellenz aus und sind international anerkannt. Unsere Universitäten, die beiden ETH und die Fachhochschulen mit ihrem Praxisbezug vermitteln Wissen und Fähigkeiten auf höchstem Niveau. Das setzt eine ausreichende Finanzierung aller Bildungsbereiche voraus. Der Zugang zur Tertiärstufe ist immer noch zu stark von der Herkunft geprägt, was der Chancengleichheit widerspricht. Für gute Bildung und Forschung braucht es internationale Vernetzung und Zusammenarbeit. Die Assoziierung an Erasmus+ und Horizont 2020 wurde wegen der Masseneinwanderungsinitiative aber ausgesetzt bzw. stark erschwert. Auch die zukünftige Assoziierung für die Jahre 2021–2027 ist gefährdet.

Das sind unsere Grundsätze

Universitäten und Fachhochschulen (Tertiär A) sowie Höhere Berufsbildung (Tertiär B) sind zentrale und gleichwertige Bereiche unseres Bildungswesens. Die Qualität der Bildung muss in allen Bereichen auf höchstem Niveau gehalten werden. Das setzt genügend Mittel, grosse Sorgfalt bei der Auswahl der Dozierenden sowie gute Vernetzung mit Gesellschaft und Wirtschaft ebenso wie auf internationaler Ebene voraus. Herausforderungen wie Klimawandel, Globalisierung oder Digitalisierung bedürfen disziplinenübergreifender, international vernetzter Forschung. Drittmittel spielen zunehmend eine wichtige Rolle für Hochschulen. Private Finanzierung darf die Freiheit von Lehre und Forschung aber nicht in Frage stellen. Das Stipendienwesen muss im gesamten Tertiärbereich mit dem Ziel der Chancengleichheit materiell harmonisiert werden. Die vollständige Assoziierung an die Bildungs- und Forschungsprogramme der EU ist auch in Zukunft eine zentrale Voraussetzung für einen starken Bildungs- und Wissenschaftsstandort Schweiz.

Das hat die SP erreicht

Die von der SP initiierten Bildungsartikel in der Bundesverfassung schaffen einen koordinierten, durchlässigen und einheitlichen Bildungsraum Schweiz. Darauf basierend wurden HarmoS und die sprachregionalen Lehrpläne geschaffen, in den Kantonen verankert und in verschiedenen Abstimmungen demokratisch legitimiert. Bei den Krediten für Bildung, Forschung und Innovation hat sich die SP erfolgreich für eine ausreichende und alle Bereiche umfassende Finanzierung und gegen Kürzungen in einzelnen Bereichen eingesetzt. Dank der Überzeugungskraft der SP wurden die Studiengebühren an der ETH entgegen den ursprünglichen Plänen nur moderat erhöht. Die Finanzierung der höheren Berufsbildung wird neu durch den Bund zur Hälfte mitfinanziert. Dabei pochte die SP auf eine sozialverträgliche Auszahlung der Beiträge.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Der Kredit für Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Kredit) muss mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Auf Budgetkürzungen ist gänzlich zu verzichten.
- Es braucht mehr öffentliche Investitionen in die öffentliche Forschung, insbesondere auch in die Grundlagenforschung, die den aktuellen Herausforderungen (Klimaaerhitzung, Digitalisierung) gerecht wird. Die Forschungsqualität muss auch im internationalen Vergleich höchsten Ansprüchen genügen.
- Von Bundesseite müssen zusätzliche Mittel für Stipendien in allen Bereichen vorgesehen werden. Die Studiengebühren sollen nicht über die Teuerung hinaus angehoben werden.
- Forschungsergebnisse müssen in öffentlich zugänglichen Publikationen veröffentlicht werden. Open Access muss für alle Institutionen Standard sein.
- Die akademischen Grundwerte wie die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung müssen gewahrt werden. Private Finanzierung darf nicht zu Einflussnahme führen. Das setzt Transparenz und Autonomie voraus, insbesondere bei Personalentscheiden, Forschungsmethoden und Publikationsfreiheit.
- Die höhere Berufsbildung stellt ein einzigartiges System der beruflichen Weiterqualifizierung dar und soll breit anerkannt werden. Es braucht Angebote, die auf Flexibilität und Modularität ausgerichtet und bezahlbar sind, damit sie nebst beruflichen und familiären Verpflichtungen absolviert werden können.
- Es braucht eine Strategie zur Behebung des Fachkräftemangels. Bildungsanbieter auf Stufe Tertiär A und B sollen ihre Angebote bei der Aus- und Weiterbildung gezielt auch auf ältere und erfahrene Berufsleute ausrichten.
- Die vollständige und vollwertige Assoziierung an die Bildungs- und Forschungsprogramme der EU – Erasmus+ und Horizont Europa – muss auch für die Periode 2021–2027 realisiert werden.
- Die Frauenförderung muss auf allen Stufen und in allen Bereichen weitergeführt werden, insbesondere in Fachbereichen, wo der Frauenanteil statistisch gesehen tief ist, sowie in den höheren akademischen Bereichen.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTS- POLITIK



6

FÜR EINEN ARBEITSMARKT IM INTERESSE ALLER LOHNABHÄNGIGEN

Ausgangslage

Die Arbeitslosigkeit lag Anfang 2018 in der Schweiz mit rund 3 Prozent gleich hoch wie 2006, nachdem sie in Folge der Finanzkrise zwischenzeitlich auf 3,7 Prozent angestiegen war. Die Zahl der Ausgesteuerten hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Zählt man diese zu den als arbeitslos Gemeldeten, beträgt die Erwerbslosigkeit heute etwas mehr als 5 Prozent. Vor allem Menschen über 50 haben es sichtlich schwerer, nach einer Entlassung einen neuen Job zu finden. Eine besonders ausgeprägte Zunahme ist bei der Quote der Unterbeschäftigten zu erkennen. Zu beobachten ist auch ein Anstieg der Temporärarbeit. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist zwar leicht gestiegen. Sie werden in der Arbeitswelt aber nach wie vor diskriminiert. Sie werden im Schnitt schlechter bezahlt, arbeiten in Teilzeitpensen, haben es schwieriger, beruflich Karriere zu machen, und leisten neben der bezahlten Arbeit den viel grösseren Teil der unbezahlten Sorgearbeit.

Das sind unsere Grundsätze

Die Erwerbsarbeit ist für die meisten erwachsenen Menschen sinnstiftend und neben der Familie nach wie vor der wichtigste Lebensinhalt. Existenzsichernde Löhne sind das beste Mittel im Kampf gegen Armut und die entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Daraus ergibt sich das Grundrecht auf Arbeit, das die SP verteidigt und einfordert. Weil der Erwerbsarbeit ein derart grosser Stellenwert zukommt und weil es die Lohnabhängigen sind, die den Mehrwert fürs Kapital schaffen, braucht es substantielle Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz.

Für die SP sind die Integration der Menschen in den Arbeitsmarkt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Chancengleichheit entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Wir wollen, dass das riesige Potenzial für eine nachhaltige Wirtschaft in unserem Land freigesetzt wird. Weil sich der technologische Wandel durch Digitalisierung und Automatisierung beschleunigt, müssen die Menschen die Fähigkeiten erlangen, diesen Wandel mitzugestalten und darin ihre Rolle zu finden.

Das hat die SP erreicht

Bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit (Entsendegesetz) hat die SP höhere Bussen und einfachere Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für NAV durchgebracht. Die SP setzte gemeinsam mit den Gewerkschaften durch, dass wirksame flankierende Lohnschutzmassnahmen untrennbar mit dem Rahmenabkommen mit der EU verknüpft sind.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit für Frauen und Männer muss auf allen Funktionsstufen gefördert werden. Die Förderung von Teilzeitarbeit für Männer ist wichtig, um auch Vätern die Familienarbeit zu ermöglichen.
- Die Chancen von älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt müssen verbessert und ihr Kündigungsschutz muss gestärkt werden. Alle Erwerbstätigen müssen das Recht auf sechs Wochen Ferien und eine bezahlte Weiterbildung von jährlich mindestens fünf Tagen erhalten. Für die immer teureren Weiterbildungen braucht es Finanzierungshilfen, die gezielter wirken als Steuerabzüge (beispielsweise Weiterbildungsgutscheine).
- Teilzeitbeschäftigte, Mehrfachbeschäftigte und andere prekär Beschäftigte müssen durch Sozialversicherungen und Arbeitsschutz ebenso abgesichert werden wie Vollzeitbeschäftigte.
- Arbeitsverhältnisse mit untypischen Arbeitszeiten müssen klaren Bedingungen unterworfen sein und zusätzlich entschädigt werden. Arbeit auf Abruf ist als Arbeitsform abzulehnen. Bei Arbeitszeiten, die sich nach dem Arbeitsanfall richten, muss eine Mindeststundenzahl definiert werden und eine regelmässige Lohnzahlung garantiert sein.
- Das mittelfristige Ziel ist es, die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden zu senken. In einem ersten Schritt soll dafür die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden festgelegt werden. Dies ermöglicht eine gerechtere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit.
- Wir wollen die gesetzlichen Lücken bei der Erwerbsarbeit zu Hause schliessen. Auch im Homeoffice braucht es klare Regeln bezüglich Haftungsfragen, Ergonomie, Datenschutz sowie der Bereitstellung von Arbeitsmaterial.
- Digitalisierung sowie Auftragsvergabe über Clouds und Plattformen schafft neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Solche Plattformen müssen deshalb verbindlich reguliert und eindeutig als Arbeitgeber behandelt werden. Bei Crowdwork-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der Finanzierung der Sozialabgaben beteiligt werden. Zusätzlich braucht es eine stärkere staatliche Aufsicht sowie verbesserte Möglichkeiten für die Gewerkschaften, gegen Missbräuche rechtlich vorzugehen.
- Der Anteil von Frauen in Führungspositionen muss gezielt erhöht werden.

7 FÜR FAIRE LÖHNE FÜR ALLE

Ausgangslage

Auch in der Schweiz geht die Lohn- und Vermögensschere auf, wenn auch nicht so stark wie in vielen anderen Ländern. Wobei auch in der Schweiz die Vermögen viel stärker konzentriert sind als die Einkommen. Mehr Lohn erhielten in den letzten zehn Jahren vor allem die Spitzenverdienenden. Gesamtarbeitsverträge, flankierende Massnahmen und gute Ausbildung konnten zwar ein Absinken der tiefen und mittleren Löhne verhindern, doch stagnierte die Kaufkraft bei den meisten oder ging sogar zurück, weil die Lohngewinne durch gestiegene Ausgaben aufgefressen wurden. Gerade die Krankenkassenprämien und die Mietpreise steigen weit schneller als die Löhne. Zur Ungleichheit trägt auch die ausgeprägte Spaltung des Arbeitsmarktes in Männer- und Frauenberufe bei.

Das sind unsere Grundsätze

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte müssen erhöht werden. Das stärkt auch die Binnennachfrage. Der Produktionsfaktor Arbeit muss gerechter entlohnt werden. Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmende insbesondere im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft oder in der Reinigungsbranche trotz hundertprozentigem Arbeitseinsatz ihre Existenz nicht finanzieren können. Für den Lohnschutz unabdingbar sind die flankierenden Massnahmen. Diese müssen griffig sein, damit Schweizer Löhne nicht unterboten und Arbeitszeiten nicht ausgedehnt werden. Besonders anfällig für Lohndumping sind die Grenzregionen. Gerade dort müssen die Kontrollen ausgebaut und die Sanktionen gegen fehlbare Unternehmen verschärft werden. Der Arbeitslosenvorrang ist konsequent umzusetzen.

Das hat die SP erreicht

Im Gleichstellungsgesetz ist es dank der SP gelungen, dass zumindest Unternehmen ab 100 Vollzeitstellen zu Lohnanalysen verpflichtet werden.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Löhne der Frauen müssen mit gesetzlichen Massnahmen auf das Niveau der Männerlöhne angehoben werden.
- Massnahmen zur Bekämpfung von Lohndiskriminierungen aufgrund von Herkunft, Nationalität, Geschlecht und sexueller Orientierung werden eingefordert und unterstützt.
- Substanzielle Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmenden in den Unternehmen sollen einen wichtigen Beitrag zu mehr Lohngerechtigkeit leisten. Gerechte Formen der Beteiligung der Lohnabhängigen an der Wertschöpfung müssen ausgebaut werden.

- Gesamtarbeitsverträge sind das Rückgrat guter Schweizer Löhne und guter Schweizer Arbeitsbedingungen. Ihre Allgemeinverbindlichkeitserklärung muss erleichtert und ihre Durchsetzung durch vermehrte Kontrollen gewährleistet werden. Die Bussen müssen den durch Lohndumping erzielten Gewinn deutlich übersteigen. Die Hauptunternehmen müssen auch für die Verfehlungen ihrer Subunternehmen geradestehen (Solidarhaftung). Besonders wichtig ist der verstärkte Lohnschutz in den Grenzregionen.
- In Branchen und Regionen ohne Gesamtarbeitsverträge müssen die Kantone ihre Verantwortung wahrnehmen und Mindestlöhne festsetzen, falls es wiederholt zu Dumping kommt. Verbände müssen die Möglichkeit für Lohn-Sammelklagen haben. Zudem braucht es einen nationalen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde.
- Die Frauen müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der Wiedereinstieg muss erleichtert werden. In typischen Dienstleistungsberufen mit hohem Frauenanteil (Pflege, Betreuung, Erziehung, Verkauf) braucht es flächendeckende GAV.
- Die Schweiz muss ihre Fachkräfte selber ausbilden, statt sie im Ausland abzuwerben. Es braucht eine umfassende Ausbildungsoffensive: Insbesondere die Arbeit im Gesundheitswesen und die technischen und naturwissenschaftlichen Berufe müssen attraktiver werden. Dafür müssen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt und insbesondere Frauen spezifisch gefördert werden.
- Die Unternehmen müssen zum Gesundheitsschutz und zur Prävention – sowohl in somatischen wie auch psychischen Belangen – verpflichtet werden.

8

FÜR ERSCHWINGLICHEN WOHNRAUM FÜR ALLE

Ausgangslage

Wohnen ist kein gewöhnliches Konsumgut. Jeder und jede muss wohnen. Boden wiederum ist ein besonderes Wirtschaftsgut, weil es nur begrenzt zur Verfügung steht und sich nicht vermehren lässt. Profitorientierte Immobilienbesitzer/innen und Immobilienfirmen machen sich eine steigende Nachfrage zunutze und verlangen auf Kosten der Mieter/innen überteuerte Mieten. Auch viele KMU leiden unter den steigenden Bodenpreisen. Der Markt versagt hier: Er kann Angebot und Nachfrage nicht in Einklang bringen. Der Staat muss deshalb eine aktive Rolle spielen, indem Bund, Kantone und Gemeinden den öffentlichen Erwerb von Liegenschaften fördern und den Besitz an öffentlichen Liegenschaften schützen. Öffentlicher Grund und Boden soll grundsätzlich nicht an Private veräussert, sondern für angemessenen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen sowie KMU im Baurecht zur Verfügung gestellt werden.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich dafür ein, dass genügend bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume zur Verfügung stehen. Der ständigen Preissteigerung des Bodens muss die öffentliche Hand entgegen treten. Instrumente dazu sind eine aktive Politik der Städte und Gemeinden durch den vorsorglichen Kauf von Land sowie eine gezielte Bauzonenpolitik. Die SP setzt sich dafür ein, dass die Belastung der Haushaltbudgets durch die Mieten endlich gesenkt wird. Deshalb fordert die SP eine deutliche Ausweitung des Angebots an gemeinnützigen Wohnungen, die der Kostenmiete verpflichtet sind und freiwillig auf eine Rendite verzichten. Das führt zu 20–30 Prozent tieferen Mieten und erschwinglichem Wohneigentum durch Genossenschaftsanteile. Die SP wird sich weiterhin für eine Einhaltung der «Kostenmiete Plus» einsetzen, um die krasse Auseinanderentwicklung des Mietpreisindex gemäss Referenzzinssatz und des Mietpreisindex zu korrigieren. Gleichzeitig setzt sich die SP für einen starken Kündigungsschutz ein.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP und dem politischen Druck der Initiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen» konnte der Fonds de Roulement um 250 Millionen Franken aufgestockt werden. Aus diesem Fonds werden gemeinnützigen Bauträgern zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen gewährt.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Bund, Kantone und Gemeinden betreiben eine aktive Bodenpolitik. Sie fördern den Erwerb von Boden und Liegenschaften durch die öffentliche Hand.
- Steigerung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtbestand (heute im Durchschnitt 5 Prozent). Boden im Besitz von Bund, Kantonen und Gemein-

den soll ausschliesslich im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger (Genossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen) abgegeben werden.

- Die öffentliche Hand verfügt über ein Vorkaufsrecht für Land und Immobilien: Der Bund sowie staatliche Betriebe wie SBB und Post müssen bei Verkaufsabsichten ihr Land und die Immobilien zuerst den Kantonen und dann den Standortgemeinden zum Kauf anbieten.
- Die Zonenplanung muss für die Ausscheidung von Zonen für gemeinnützige Wohnbauten und günstige Räume für das Kleingewerbe sorgen.
- Es braucht eine konsequente Mehrwertabschöpfung in den Kantonen bei Ein- und Aufzonungen gemäss revidiertem Raumplanungsgesetz. Die Einnahmen sind gezielt für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu verwenden.
- Der Zugriff ausländischer Geldgeber, Konzerne oder Fonds auf Schweizer Immobilien muss eingeschränkt werden, um die Überhitzung des Immobilienmarktes zu verhindern.
- Pensionskassen müssen verpflichtet werden, in ihren Anlagestrategien einen Anteil des Kapitals in den Bau kostengünstiger Wohnungen zu investieren.
- Auf dem Wohnungsmarkt sind die Machtverhältnisse sehr ungleich. Die SP fordert deshalb ein stark ausgebautes Mietrecht mit wirksamen Kontrollen für einen tatsächlichen Schutz vor unbegründeten Kündigungen sowie Transparenzpflicht beim Anfangsmietzins.

9

FÜR MEHR KAUFKRAFT UND MEHR RECHTE FÜR KONSUMENTINNEN UND KONSUMENTEN

Ausgangslage

60 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung wird durch die Binnennachfrage generiert. Durch überbezahlte Mieten und die Kopfprämien der Krankenkassen wird insbesondere bei den geringen und mittleren Einkommen die Kaufkraft geschmälert. Zudem kommen die Schweizer Unternehmen unter Lohndruck. Deshalb soll die Politik dafür sorgen, dass die Kosten namentlich für Mieten, aber auch für Krankenkassenprämien und Gebühren für alle bezahlbar sind. Über ein wirksames Kartellgesetz und die Zulassung von Parallelimporten muss die Hochpreisinsel Schweiz bekämpft werden. Die Immobilien- und Bodenspekulation muss eingedämmt, der nicht profitorientierte Wohnungsbau gestärkt werden.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für einen funktionierenden Wettbewerb ein. Der «Preiszuschlag Schweiz», d.h. die Kaufkraftabschöpfung durch überbezahlte Importprodukte, ist zu bekämpfen. Günstige Parallelimporte von patentgeschützten Gütern müssen zu einer Senkung der Preise im Inland führen. Die marktbeherrschenden Grossverteiler müssen ihre Margen senken. Neu ist auch das Konzept der relativen Marktmacht ins Kartellrecht aufzunehmen.

Die SP fordert, dass die Konsumentenschutzbestimmungen an jene der EU angeglichen werden. Dazu braucht es ein umfassendes Konsumentenschutzrecht und den Schutz vor missbräuchlichen allgemeinen Geschäftsbedingungen zu Lasten der Endverbraucher. Die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten muss gestärkt werden.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat mit mehreren Initiativen zentrale Kaufkraftthemen auf die politische Agenda gehoben, so mit der Initiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen» und im Gesundheitsbereich mit der Prämienentlastungsinitiative. Diese fordert, dass die Krankenkassenkosten die verfügbaren Haushaltseinkommen nicht um mehr als 10 Prozent belasten. Mit einer Parlamentarischen Initiative erreichte die SP, dass die Garantiefrist bei Konsumgütern auf zwei Jahre verdoppelt wurde.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Prämien der Krankenversicherung müssen auf 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens begrenzt werden. Die Selbstbehalte und Grundfranchisen dürfen nicht erhöht werden.
- In der Schweiz sind die Mieten um 40 Prozent zu hoch. Die Mieten müssen auf das Niveau der Kostenmiete reduziert werden. Neben der Förderung des gemeinnützigen Wohnens soll sichergestellt werden, dass die Hypothekarzins-

senkungen an die Mietenden weitergegeben und die Anfangsmieten nicht überhöht angesetzt werden.

- Wir fordern den Abbau von technischen und privaten Handelshemmnissen, die den Import günstiger Produkte aus dem EU-Raum verhindern. Günstige Parallelimporte fordern wir zudem bei patentgeschützten Gütern. Insbesondere die Preise von Generika müssen massiv gesenkt werden.
- Die Gesetze zum Konsument/innenschutz müssen verbessert und mindestens auf EU-Niveau gebracht werden. Beispiele hierfür sind das Widerrufsrecht im Online-Handel oder die Garantiefristen für Gebrauchsgüter.
- Bei der Revision des Versicherungsvertragsgesetzes müssen die Rechte der Konsument/innen verbessert werden.
- Es braucht einen neuen Anlauf zu einer Revision des Kartellgesetzes, damit Preisabsprachen sowie die gezielte Kaufkraftabschöpfung durch übertriebene Importprodukte und damit zu hohe Preise effizient bekämpft werden können.

Ausgangslage

Die Finanzpolitik folgt jedes Jahr demselben Muster: Einnahmen werden unterschätzt, die Ausgaben gekürzt – und am Ende folgt ein Milliardenüberschuss, der ausschliesslich in den Schuldenabbau fliesst. Zudem werden mit Steuersenkungen Mindereinnahmen bewusst in Kauf genommen, auf die dann Abbauprogramme folgen. So auch in Zukunft: Mit der aktuell guten Finanzlage des Bundes werden geplante Steuergeschenke gerechtfertigt, wie die Abschaffung der Stempelabgabe oder der «Heiratsstrafe». Gleichzeitig wird der Druck auf die Ausgaben hochgehalten. In weniger rosigen Zeiten drohen neue Abbauprogramme. Jegliche Anpassungen der Schuldenbremse stossen auf erbitterten Widerstand von rechts.

Das sind unsere Grundsätze

Die Politik der leeren Kassen ist umso stossender, als die Schweiz im internationalen Vergleich solide Finanzen und eine äusserst tiefe Staatsverschuldung aufweist. Die Kehrseite dieser «Medaille» sind fehlende Investitionen und Leistungsabbau.

Die SP hingegen will einen starken Staat, der im Interesse der kommenden Generationen Investitionen tätigt. Diese sollen die soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung garantieren, den ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Mobilität aktiv unterstützen, die Kaufkraft stärken, die Bildung und Forschung fördern, die Armut im Inland und Ausland bekämpfen und eliminieren sowie die Gleichstellung voranbringen.

Die SP bekennt sich zu einem langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt. Eine kluge Finanzpolitik stärkt bei schwacher Nachfrage die Kaufkraft und öffnet in einer Boomphase Reserven für die Zukunft. Abbauprogramme sind häufig finanzpolitisch unnötig, ökonomisch unklug und gefährden die Binnennachfrage. Die restriktive Umsetzung der Schuldenbremse führt in ihrer aktuellen Form zu übermässigen und unverhältnismässigen Ausgabenkürzungen und muss deshalb korrigiert werden.

Zudem soll der Finanzausgleich so ausgestaltet werden, dass er den interkantonalen Steuerwettbewerb eindämmt und der zunehmenden Ungleichheit entgegenwirkt.

Das hat die SP erreicht

Das Stabilisierungsprogramm 2017–2019 konnte zwar nicht verhindert werden, jedoch konnten gewisse weitreichende Verschlechterungen korrigiert werden. Namentlich wurde der Vorschlag des Bundesrats, die Prämienverbilligung zu kürzen, abgelehnt. Ebenso konnten Kürzungsbegehren im Bereich der Bildung und Forschung zurückgewiesen bzw. eine Rückführung auf das Niveau der BFI-Botschaft erreicht werden. Im Rahmen der Steuervorlage 17 (STAF) ist es der SP gelungen, einen Artikel einzubringen, der die Städte und Gemeinden am Bundesbeitrag fair beteiligt und damit Steuerausfälle kompensiert.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Schuldenbremse muss korrigiert werden, damit dieses enge Ausgabenkorsett nicht den nötigen Infrastrukturausbau und wichtige Investitionen verhindert. Investitionen müssen bei der Berechnung des Ausgabenpielraums ausgeklammert werden.
- Ein Teil des jährlichen Überschusses soll in die Finanzierung der Altersvorsorge fließen.
- Reine Abbauprogramme, Angriffe auf gebundene Ausgaben und Aufgabenverzichtspläne werden bekämpft.
- Einnahmen sollen gesichert werden. Vorlagen, deren Ziel es ist, die Einnahmen zu senken, werden bekämpft.
- Der exzessive Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen muss eingeschränkt werden. Die SP fordert deshalb klare Regeln im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA), insbesondere gegen eine mögliche missbräuchliche Verwendung von NFA-Geldern für weitere Steuersenkungen. Zudem müssen die Folgen der Steuervorlage 17 auf den Finanzausgleich genau analysiert werden. Nur so können nötige Anpassungen rechtzeitig vorgenommen werden.

11

FÜR EINE GERECHTE STEUERPOLITIK OHNE SCHLUPFLÖCHER

Ausgangslage

Tiefe Steuer- und Sozialabgaben führen entgegen dem neoliberalen Credo nicht zu höherem Wirtschaftswachstum. Entscheidend ist vielmehr die sinnvolle Verwendung der Steuereinnahmen beispielsweise für Investitionen in den ökologischen Umbau, in Infrastruktur, Bildung und den Service Public. Ein gerechtes und einfaches Steuersystem ist zudem Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Um zukunftsfähige Infrastruktur aufzubauen, braucht die öffentliche Hand zusätzliche Einnahmen. Wenn die Menschen mit grossem Vermögen heute immer reicher werden, die grosse Mehrheit hingegen wirtschaftlich kaum vom Fleck kommt, hat das viel mit Fehlentwicklungen im Steuersystem zu tun. Die bürgerliche Mehrheit in diesem Land hat die Steuern vor allem für Unternehmen und Kapitaleigner gesenkt. In der Schweiz markieren die Unternehmenssteuerreform I (1998) sowie die Unternehmenssteuerreform II (2006) mit der Teilbesteuerung der Dividenden und mit dem Kapitaleinlageprinzip die wesentlichen Schritte in diese Richtung. Die Sätze zur Besteuerung des Kapitals wurden in den Kantonen, beim Bund und weltweit gesenkt. Hier braucht es eine Korrektur.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP will ein gerechtes Steuersystem, das der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich entgegenwirkt. Dort, wo sich das Vermögen ansammelt, ohne dass Arbeitsleistungen erbracht werden – also bei Erbschaften, bei Kapital-, Zins-, und Grundstücksgewinnen sowie bei Finanztransaktionen – soll die Besteuerung verstärkt werden. Mit den zusätzlichen Einnahmen sollen unter anderem Einkommens- und Mehrwertsteuern sowie unvermeidbare Gebühren gesenkt werden. Steuerschlupflöcher wie die Pauschalbesteuerung sind abzuschaffen und Steuerabzüge generell zu minimieren. Die kantonalen Unterschiede in der Steuerbelastung sind mittlerweile so hoch, dass die interkantonale Solidarität und damit der nationale Zusammenhalt gefährdet sind: Der Steuerwettbewerb kennt nur Verlierer und Verliererinnen.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP hat das die Unternehmenssteuerreform III (USR III) abgelehnt, und zwar klar mit 59,1 Prozent der Stimmen. Die USR III hätte die Steuersenkungsspirale der vorhergehenden Steuerreformen weiterführen sollen. Mit dem Referendumssieg konnte die SP eine Vorlage im Parlament durchsetzen, die erstmals auf Bundesebene zu einer höheren Besteuerung von internationalen Konzernen (bisher Statusgesellschaften) führen, das Kapitaleinlageprinzip korrigieren und die Dividendenbesteuerung anheben soll. Zudem wurde als soziale Kompensation für die Steuervorlage eine Zusatzfinanzierung für die AHV von über 2 Milliarden Franken jährlich erstritten.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Eine international koordinierte Finanztransaktionssteuer. Sie soll dazu beitragen, die Investitionen in den Bereichen Forschung und Bildung sowie für die Energiewende zu finanzieren. Zudem ist sie ein Instrument zur Eindämmung unproduktiver Spekulationsgeschäfte.
- Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer und die Erhöhung der Steuern auf sehr grossen Vermögen. Die so erzielten Einnahmen sollen zur Erhöhung der AHV-Renten genutzt werden (Finanzierung der AHV: Erhöhung des Bundesanteils gemäss Bundesverfassung Art. 112 Abs. 4).
- Die Einführung einer progressiven Kapitalgewinnsteuer als Korrektur der Besteuerungslücke von Kursgewinnen, Wertpapieren und Sachwerten. Kapitaleinkommen sollen stärker besteuert werden als Arbeitseinkommen.
- Schweizweite Harmonisierung der Unternehmenssteuersätze.
- Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit soll in ihren Partnerstaaten zum Aufbau leistungsfähiger und transparenter Steuersysteme beitragen, die wirksam gegen Steuervermeidung vorgehen. Besonders dringend ist der Aufbau wirksamer Strategien gegen die Steuervermeidung im Rohstoffhandel.
- Wer in Tiefsteuurländern und Offshore-Plätzen Konten und Briefkastenfirmen unterhält, muss diese registrieren lassen und die wirtschaftlich Berechtigten offenlegen. Alle Finanzflüsse mit Offshore-Gesellschaften sollen einer Sicherungssteuer unterstellt werden, die erst bei Schaffung voller Steuertransparenz zurückgefordert werden kann.
- Die Schweiz muss frühzeitig auf nationaler und internationaler Ebene wirksame Vorkehrungen treffen, damit Kryptowährungen nicht für Steuervermeidung, Geldwäscherei und andere unrechtmässige Finanzflüsse missbraucht werden.
- Die zukünftigen Folgen der Digitalisierung für das Steueraufkommen sollen prospektiv untersucht werden und unterschiedliche Lösungskonzepte erarbeitet werden.
- Die digitalen Giganten (Google, Amazon, Facebook, Alphabet usw.) sind am Ort der Wertschöpfung zu besteuern, namentlich auch in jenen Staaten, in denen sie keine Niederlassung haben, aber dennoch hohe Erträge erwirtschaften («GA-FA-Steuer»).
- Es braucht mehr Kontrollen und Instrumente, um Steuerhinterziehung zu ahnden. Zudem soll eine griffige Aufsicht verhindern, dass Kantone entgegen dem Steuerharmonisierungsgesetz Steuerbefreiungen und Steuererleichterungen ermöglichen.

12

FÜR EINEN SAUBEREN FINANZPLATZ IM DIENST DER GESAMTWIRTSCHAFT

Ausgangslage

Stabile Finanzinstitute sind ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Sie sorgen für einen Teil des Zahlungsverkehrs und stellen die nötigen Mittel zur Verfügung, damit Wirtschaft und Unternehmen sich entwickeln können. Heute ist das zu wenig der Fall. Viele Kredite fliessen in wenig nachhaltige Investitionen. Es werden zahlreiche Spekulationsgeschäfte betrieben, die wenig mit der Realwirtschaft zu tun haben. Das alles birgt ein erhebliches Risiko für die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes. Deshalb braucht es weitere Korrekturen. Wichtig ist, dass die grossen Schweizer Banken über genügend Eigenmittel verfügen, um eine Finanzkrise ohne staatliche Hilfe bewältigen zu können.

Das sind unsere Grundsätze

In der Schweiz besteht noch immer die unfreiwillige faktische Staatsgarantie für Grossbanken (*«Too big to fail»*). Das führt zu falschen Anreizen. Die Kosten trägt die Gesellschaft. Das wirksamste Mittel dagegen sind massiv mehr Eigenmittel. Die Weissgeld-Strategie für den ganzen Finanzplatz hat sich bewährt und muss fortgeführt werden. Unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse (*«illicite financial flows»*) sind in all ihren Facetten (Geldwäscherei, Annahme von Korruptionsgeldern, Steuervermeidung) wirksam zu bekämpfen. Alle Banken und anderen Finanzintermediäre in der Schweiz müssen auf die Vermögensverwaltung mit un versteuerten Geldern (unabhängig vom Herkunftsland) verzichten. Die Schweiz muss den automatischen Informationsaustausch (AIA) im Rahmen der OECD weiter entwickeln. Hoffnungslose und für die Volkswirtschaft kostspielige Rückzugsgefechte für ein längst überholtes Steuerhinterziehergeheimnis im Inland können wir uns nicht leisten.


Das hat die SP erreicht

Auf internationaler Ebene wurde mit einer geschickten Strategie der SP (keine Abgeltungssteuer, dafür der automatische Informationsaustausch (AIA)) die geforderte Weissgeldstrategie mit einer Vielzahl von AIA-Abkommen umgesetzt. Im Inland gelang es zwar, die Matter-Initiative zur Rettung des Bankgeheimnisses im Inland abzuwenden, allerdings zum Preis einer Kommissionsmotion, deren Zielsetzung und Auswirkungen die SP weiter bekämpfen wird. Damit eine allfällige Sanierung und Liquidation nicht zulasten des Steuerzahlers geht, wurden mit den neuen Gone-Concern-Bestimmungen die Eigenkapitalvorschriften für systemrelevante Banken noch einmal erhöht.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Das Systemrisiko der Grossbanken muss mit verschärften Eigenmittelvorgaben weiter gesenkt werden. Die SP fordert bei der Eigenkapitalquote ein hartes Kernkapital von mindestens 10 Prozent.

- Die Finanzmarktaufsicht muss mit genügend personellen Ressourcen und unabhängigen Experten und Expertinnen verstärkt werden, um die Finanzinstitute besser zu kontrollieren.
- Das grosse Vermögen der institutionellen Anleger (Pensionskassen, AHV, SUVA und SNB) soll nachhaltig angelegt werden. Ethisch verwerfliche und umweltzerstörende Investitionen wie die Förderung von fossilen Brennstoffen sollen ausgeschlossen werden.
- Währungsstabilität und Vollbeschäftigung müssen endlich zu gleichberechtigten Zielen der Schweizer Geldpolitik werden. Die Nationalbank soll sich auf das Pariser Klimaziel verpflichten.
- Ein angemessener Teil der Gewinne der SNB aus ihren Devisenreserven soll dem Vorsorgesystem zugutekommen. Dazu soll die Schaffung eines Staatsfonds ins Auge gefasst werden.
- Der Automatische Informationsaustausch (AIA) soll auch im Inland eingeführt werden. Die Banken sollen nicht nur ins Ausland, sondern auch den Schweizer Steuerbehörden den Kontostand und Kontoertrag ihrer Kunden und Kundinnen melden müssen.
- Zur Belebung des Wettbewerbs im Interesse der Haushalte und der KMU ist die Schaffung einer nationalen Postbank mittels Ausbau von Postfinance erforderlich. Die Postbank kann auch Kredite vergeben und muss als Tochtergesellschaft der Post vollständig im Besitz des Bundes sein.
- Auf internationaler oder zumindest europäischer Ebene muss die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorangetrieben werden. Dafür muss sich die Schweiz als wichtiger Finanzplatz in den internationalen Gremien einsetzen.
- Wir fordern Transparenzvorschriften im Rechnungslegungsrecht für multinationale Unternehmen, damit die Verschiebung der Gewinne in Steuertiefländer unterbunden und Korruption wirksam bekämpft werden kann («*country by country reporting*»). Wir unterstützen eine länderweise Besteuerung nach erbrachter Wertschöpfung, wie dies die OECD mit dem Projekt BEPS vorsieht.



**SERVICE PUBLIC,
MOBILITÄT, KLIMA
UND NATÜRLICHE
RESSOURCEN**

FÜR EINEN FLÄCHENDECKENDEN UND QUALITATIV HOCHSTEHENDEN SERVICE PUBLIC

Ausgangslage

Ein starker Service public ist aus gesellschaftlichen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen von grosser Bedeutung. In ländlichen Regionen ebenso wie in urbanen Räumen ist ein zuverlässiger Service public mit guten, langfristig gesicherten Angeboten Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von dezentralen Arbeitsplätzen, gerade auch für KMU. Qualität und Verfügbarkeit der Angebote und Infrastrukturen beruhen darauf, dass die Service-public-Anbieter ganz oder mehrheitlich in öffentlicher Hand sind. Vergehen wie bei Postauto AG sowie der Leistungsabbau bei Post oder Bahn machen deutlich, wie wichtig politische Vorgaben, Transparenz sowie eine demokratisch legitimierte Aufsicht sind.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für eine gute Versorgung in allen Regionen des Landes, auch dort, wo es sich rein betriebswirtschaftlich vielleicht nicht lohnt. Zum Service public gehören neben Verkehr, Post und Telekommunikation auch Bereiche wie Bildung, Medien oder Gesundheitsversorgung. Service public bedeutet den flächendeckenden, kontinuierlichen und einfachen Zugang zu einem qualitativ guten Angebot. Die Preise müssen erschwinglich und innerhalb eines Sektors gleich sein. Zum Service public gehören faire Arbeitsbedingungen für die vielen Tausend Menschen, die in diesen Unternehmungen täglich anspruchsvolle und für die Schweiz zentrale Leistungen erbringen. Lohn- und Sozialdumping sind auch in ausgelagerten Unternehmenseinheiten auszuschliessen. Service public bedeutet auch schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen. Die Unternehmen des Service public müssen weiterhin (mehrheitlich) in öffentlicher Hand bleiben (Post und SBB zu 100 Prozent, Swisscom zu 51 Prozent). Liberalisierungen und Privatisierungen bekämpfen wir entschieden.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat bei der politischen Diskussion rund um Dienstleistungen und Infrastrukturen des Service public einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung des Angebots geleistet, beispielsweise was das Poststellennetz oder die Bahnschalter angeht. Sie hat die ausreichende Finanzierung der Netze und Infrastrukturen ermöglicht und für verlässliche Rahmenbedingungen gesorgt, namentlich was die Finanzierung eines flächendeckenden Glasfaserangebots angeht. Gemeinsam mit den Sozialpartnern hat sich die SP für faire Arbeitsbedingungen stark gemacht, beispielsweise, was die Ruhezeiten angeht. Bei der Frage der Governance hat die SP einen Beitrag für mehr Transparenz und politische Mitsprache geleistet. Auf Druck der SP sollen die hohen Löhne und Bezüge beim Management der Service-public-Unternehmen reduziert werden.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die strategischen Ziele der Unternehmen des Bundes bzw. der bundesnahen Unternehmen müssen eine flächendeckende, gute Grundversorgung zu angemessenen Preisen sicherstellen. In der Grundversorgung dürfen keine Unternehmenswertsteigerungen oder branchenübliche Renditen vorgeschrieben sein.
- Bei Stellenbesetzungen in Verwaltungsräten und Konzernleitungen muss der Service-public-Gedanke im Zentrum stehen. Der Wahl der Revisionsstelle ist grosse Beachtung zu schenken.
- Vergütungen von Bundes- oder bundesnahen Unternehmungen an Mitglieder von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung müssen angemessen sein. Der höchste Lohn darf das Bruttogehalt eines Bundesratsmitglieds nicht übersteigen. Anreizsysteme mit ergebnisabhängigen Lohnbestandteilen sind zu beseitigen.
- Es soll eine Unternehmenskultur etabliert werden, die nicht primär Effizienzsteigerungen auf Kosten des Personals zum Ziel hat. Bei der Digitalisierung muss das Personal einbezogen werden, zudem soll ein einfacher Zugang zur Weiterbildung bestehen. Dafür braucht es genügend Mittel sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern.
- Die im Service public tätigen Unternehmen sollen in einer übersichtlichen Struktur organisiert werden, die demokratische Kontrolle ermöglicht. Geldflüsse müssen nachvollziehbar sein. Auf Privatisierungen, Liberalisierungen, Auslagerungen, Abspaltungen sowie Rückzug aus den Regionen ist zu verzichten.
- Bei den Dienstleistungen der Bahn sowie beim Poststellennetz muss eine flächendeckende, bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet sein, die lokale Vorteile bietet. Den Grundversorgungsauftrag im Zahlungsverkehr soll weiterhin Postfinance garantieren. Sie soll zu 100 Prozent eine Posttochter bleiben.
- Die Swisscom muss sicherstellen, dass sie in gute hochbreitbandige Infrastruktur investiert und alle Regionen des Landes gleichermassen versorgt, auch dann, wenn keine lokalen Partner zur Verfügung stehen.
- Infrastrukturausbau und Datenversorgung müssen die Ziele der Energiewende und des Gesundheitsschutzes konsequent berücksichtigen.

14

FÜR EINE KLIMAFREUNDLICHE VERKEHRSPOLITIK UND EINEN GUT AUSGEBAUTEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Ausgangslage

Der öffentliche Verkehr (öV) ist ein zentrales Element des Service public. Dazu gehören Eisenbahnen, Busse, Tram, Schiffe und auch Seilbahnen. Der öV erschliesst alle Regionen des Landes in einem fein getakteten System, das grossmehrheitlich pünktlich und sicher funktioniert. Aufeinander abgestimmte Angebote und gut unterhaltene Verkehrsinfrastrukturen sind wichtig für den Zusammenhalt des Landes. Sie tragen zur Lebens- und Standortqualität bei, fördern Umwelt- und Klimaschutz und sind zentral für unsere Wirtschaft. Zum Service public der Bahn gehört auch der Güterverkehr. Die Stärkung des öV und des Güterverkehrs wurde in mehreren Volksabstimmungen bekräftigt.

Das sind unsere Grundsätze

Wir setzen uns für einen gut ausgebauten, bedarfsgerechten öV in allen Regionen ein. Neben dem Ausbau sind für den nachhaltigen Unterhalt genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, ebenso zur Finanzierung der bewährten Agglomerationsprogramme. Damit werden auch Massnahmen finanziert, die einen attraktiven Fuss- und Veloverkehr fördern. Der Bau von neuen Strassen ist aus energie- und klimapolitischen Überlegungen möglichst zu vermeiden. Statt in Beton soll mit Hilfe der Digitalisierung vermehrt in intelligente Verkehrslösungen investiert werden. Der Bahnverkehr soll auch europaweit gestärkt werden: Für kürzere Strecken sollte grundsätzlich die Bahn und nicht das Flugzeug genutzt werden. Das setzt gut ausgebaute, grenzüberschreitende Linien und ein entsprechendes Nachtzugangebot voraus. Auf Liberalisierungen und die Schaffung von künstlichem Wettbewerb im Bahnbereich ist zu verzichten. Auch für Güter gilt: Diese gehören auf die Bahn, sowohl im Innern des Landes als auch grenzüberschreitend.

Das hat die SP erreicht

Die seit Jahrzehnten von der SP geprägte Verkehrspolitik sowohl beim Personen- als auch beim Güterverkehr wurde von der Bevölkerung in mehreren Abstimmungen bestätigt. Die SP hat das Güterverkehrsgesetz stark mitgestaltet und damit den Grundsatz «Für Güter die Bahn» gestärkt. Die SP hat auch die Instrumente der Verlagerungspolitik mitgeprägt. Ohne NEAT oder LSVA würden zusätzlich etwa 650'000 Güterfahrzeuge pro Jahr die Alpen queren. Bei den Arbeitsbedingungen im Verkehrsbereich hat die SP zusammen mit den Sozialpartnern für möglichst gute Konditionen gesorgt. Die SP hat sich zudem für eine ausreichende Finanzierung des regionalen Personenverkehrs sowie der Agglomerationsprogramme eingesetzt. Dank der SP und vielen anderen Organisationen fand der Bundesbeschluss Velo in der Volksabstimmung eine deutliche Mehrheit.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Das System der integrierten Bahn, der Taktfahrplan und der freie Zugang zum öV-Angebot sollen erhalten bleiben. Das Herauslösen einzelner Bereiche aus dem Gesamtsystem oder Liberalisierungen gilt es abzuwehren.
- Das Grossprojekt «STEP Eisenbahninfrastruktur» soll das öV-Land Schweiz als Ganzes stärken und die in den Regionen notwendigen Ausbauten so rasch als möglich sicherstellen, ohne die prioritären Massnahmen für Betrieb und Substanzerhalt zu gefährden.
- Der regionale Personenverkehr muss langfristig finanziert sein, wozu Bund und Kantone ausreichend beitragen müssen. Es braucht ein transparentes Finanzierungssystem, das den Bedürfnissen aller Betroffenen entspricht.
- Für alle Angestellten des öV müssen soziale, in Gesamtarbeitsverträgen vereinbarte Arbeitsbedingungen gelten. Die Sicherheit des Bahnpersonals hat zusammen mit der Sicherheit der Fahrgäste höchste Priorität.
- Die erfolgreichen Agglomerationsprogramme müssen weitergeführt werden. Dabei sollen deutlich mehr der vorhandenen Mittel zum Einsatz kommen, als dies in der Vergangenheit der Fall war.
- Der Güterverkehr ist als Teil des Service public zu verstehen. Es braucht eine Strategie, die eine langfristige Weiterentwicklung ermöglicht. Auf Abbau von Stellen und Aufhebung von Bedienpunkten ist grundsätzlich zu verzichten.
- NEAT, LSVA und flankierende Massnahmen müssen weiterentwickelt werden mit dem Ziel, die Verlagerungswirkung zu stärken. Strassenseitig braucht es beim Schwerverkehr ausreichende Kontrollen, was Sicherheit sowie Arbeits- und Ruhezeiten anbelangt.
- Der Bundesrat will die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs prüfen. Aufgrund der Auswirkungen auf Knoten- und Taktsystem, Trassen, Tarife, Löhne und Sozialvorgaben muss das Parlament im Interesse von Arbeitsbedingungen, Löhnen und Angebot mitentscheiden.
- Die Immobilienstrategie der SBB soll die Förderung des Wohnungsbaus mit tragbaren Mietzinsen für Menschen mit unteren und mittleren Einkommen ermöglichen. Kantone und Gemeinden sollen ein Vorkaufsrecht haben.

FÜR DEN UMFASSENDE SCHUTZ UNSERER NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN

Ausgangslage

Würden alle Menschen auf der Welt so viele Ressourcen verbrauchen wie die in der Schweiz lebende Bevölkerung, müssten beinahe drei Planeten zur Verfügung stehen, um diesen Bedarf zu decken. Unsere Wirtschaftsweise führt zu einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen. Sie schadet Gesundheit und Umwelt und fördert die Klimaerhitzung. Die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Arten in der Schweiz sind bedroht. Grosse Teile der Fliessgewässer sind mit Pestiziden belastet. Nichthandeln wird uns teurer zu stehen kommen als die Umstellung auf innovative Technologien bei Produktion, Handel, Transport sowie beim Umgang mit Ressourcen und Abfällen.

Das sind unsere Grundsätze

Die natürlichen Ressourcen bilden unsere Lebensgrundlage. Eine gesunde Umwelt und intakte Landschaften sind massgebend für Gesundheit und Lebensqualität. Sie sind auch ein Standortvorteil. Die Zerstörung unserer Umwelt und der übermässige Ressourcenverbrauch müssen deshalb reduziert werden, vor allem in folgenden Bereichen: Ernährung, Wohnen und Mobilität. Ein Schlüssel dazu ist eine griffige Raumplanungspolitik und der haushälterische Umgang mit dem Boden. Eine ressourcenschonende Wirtschaft mit möglichst geschlossenen Stoffkreisläufen hat viele Vorteile. Sie schont die Umwelt, die Ressourcen werden sorgfältiger eingesetzt, es werden Kosten gespart und attraktive Arbeitsplätze geschaffen. Wenn Folgen und Kosten der Umweltzerstörung nicht mehr von der Allgemeinheit getragen werden müssen, steigen Komfort und Wohlstand. Da rund drei Viertel der durch die Schweizer Nachfrage verursachten Umweltbelastung im Ausland anfallen, kann die Schweizer Umweltpolitik nicht an den Landesgrenzen haltmachen.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat sich erfolgreich für ein griffiges Raumplanungsrecht stark gemacht und damit zur Reduktion der Siedlungsfläche, zum Schutz des Kulturlandes und zur Stärkung der Siedlungsqualität beigetragen. Die SP hat dazu beigetragen, dass Angriffe auf den Natur- und Heimatschutz abgewehrt werden konnten. In der Energiestrategie konnten für die Nutzung von erneuerbaren Energien namentlich dank der SP Lösungen gefunden werden, die den Schutzanliegen von Natur und Landschaft gerecht werden. Auch dank der SP wurde der Schutz des Waldes gestärkt, Luftreinhaltevorschriften sowie der Gewässerschutz wurden nicht weiter geschwächt. Auch bei der internationalen Umwelt- und Luftreinhaltepolitik hat die SP einen massgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass die entsprechenden Abkommen politisch eine Mehrheit gefunden haben.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Es braucht sozial ausgestaltete Massnahmen, die in Bezug auf den Ressourcenverbrauch eine lenkende Wirkung haben und umweltschonendes Handeln fördern. Damit bezahlen vor allem diejenigen, die die Umwelt belasten. Wer wenig verbraucht, wird entlastet.
- Die Aktionspläne Biodiversität, Pestizide und Bienengesundheit müssen konsequent und mit den notwendigen Ressourcen umgesetzt werden. Dazu gehören die Stärkung der Biodiversität, eine umfassende ökologische Infrastruktur, die Artenförderung sowie die Ökologisierung der Landwirtschaft.
- Auch bei der Jagdgesetzgebung muss der Schutz der Biodiversität – Wolf, Bär, Luchs, Biber – im Zentrum stehen.
- Das Reinhaltegebot beim Gewässerschutz muss konsequent respektiert werden. Gewässer sollen pestizidfrei gehalten werden. Die Wasserqualität muss so beschaffen sein, dass keine nachteiligen Einwirkungen auf Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen resultieren.
- Der Plastikmüll, der zunehmend Böden und Gewässer belastet, muss so rasch als möglich massiv reduziert werden, vor allem bei Plastikverpackungen und Einwegprodukten.
- Die drei Bundesinventare (Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung, Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz sowie Bundesinventar der historischen Verkehrswege der Schweiz) sollen ungeschmälert erhalten bleiben. Der Vollzug soll verbessert werden, um die Schutzobjekte vor weiteren Beeinträchtigungen zu schützen.
- Landwirtschaft, Raumplanung, Verkehr, Energie sowie die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt müssen den Schutz der Umwelt und der natürlichen Landschaften konsequent berücksichtigen.
- In der zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes, in der es um die Bestimmungen über das Bauen ausserhalb der Bauzonen geht, braucht es eine griffige Raumplanung, die namentlich den Grundsatz der Trennung des Baugebiets vom Nichtbaugesamt sowie den konsequenten Kulturlandschutz konsequent umsetzt.
- Mit dem Instrument der Raumplanung sollen der gemeinnützige Wohnungsbau sowie der Zugang zu günstigem Wohnraum gefördert werden.
- Aus Gründen des Gesundheitsschutzes braucht es eine Verschärfung der Lärmschutzverordnung (LSV).

16

FÜR EINE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK MIT DEM ZIEL EINER GERECHTEN UND DAUERHAFTEN ENTWICKLUNG

Ausgangslage

Die Klimaerhitzung gehört zu den grössten Bedrohungen der Menschheit. Ohne rasche Massnahmen nehmen Naturkatastrophen, Ernährungsprobleme und Verdrängungskonflikte zu. Das Klima könnte einen Kipppunkt erreichen, der irreversible Folgen hat. Die Schweiz ist aufgrund ihrer Topographie überdurchschnittlich von der Erhitzung betroffen. Mit dem Pariser Klimaübereinkommen hat sich die Schweiz zusammen mit der Staatengemeinschaft dazu verpflichtet, ihr Möglichstes dazu beizutragen, um die Klimaerhitzung auf deutlich unter 2°, möglichst auf 1,5°, zu begrenzen. Das setzt den raschen und konsequenten Ausstieg aus fossilen Energien sowie aus der Atomkraft voraus.

Das sind unsere Grundsätze

Es braucht global ein deutlich stärkeres Engagement für den Klimaschutz und die Energiewende. Um die Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre zu stabilisieren, darf nur noch eine bestimmte Menge an Kohle, Öl oder Gas verbrannt werden. Die Klimaerhitzung lässt sich nur durch klare politische Rahmenbedingungen abwenden. Der Schweizer Finanzmarkt darf ab 2025 keine Investitionen in die Erschließung fossiler Energieträger mehr tätigen. Die Strassenmobilität muss elektrifiziert werden, sodass es ab 2040 keine Verbrennungsmotoren mehr gibt. Die technischen Lösungen zur Bereitstellung von Strom, Wärme oder Prozessenergie mit erneuerbaren Energien sind da und werden immer günstiger, ebenso die Massnahmen zur Effizienzsteigerung und gegen die Energieverschwendung. Gelingt es der Schweiz, die fossilen Energien zu ersetzen, kann sie rund 10 Milliarden Franken, welche sie heute jedes Jahr für Erdöl und Erdgas ausgibt, in der Schweizer Wirtschaft halten. Die Schweiz gewinnt viel, wenn sie die Energiewende vorantreibt. Diese muss aber für alle Menschen finanzierbar und sozialverträglich ausgestaltet sein.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat die Klima- und Energiepolitik der letzten Jahre massgeblich mitgestaltet. Die von der SP geprägte Energiestrategie 2050 (1. Massnahmenpaket) hat wichtige Weichen gestellt bei der Förderung der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und beim Atomausstieg. Es ist weitgehend gelungen, die Fördermassnahmen mit den Schutzinteressen von Natur und Landschaft zu vereinen. Die SP wird von der Bevölkerung unterstützt, welche der Energiestrategie 2050 mit grosser Mehrheit zugestimmt hat. In den letzten Jahren wurden dank dem aktuellen und von der SP mitgeprägten CO₂-Gesetz und der Förderung der erneuerbaren Energien Tausende von neuen Stellen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz geschaffen. Insbesondere die Massnahmen bei den Gebäuden machen deutlich, dass sich Klimaschutz und Wirtschaft vereinen lassen.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Es braucht eine ambitionierte Klimapolitik 2020–2030, die die Ziele des Pariser Übereinkommens auf nationaler Ebene umsetzt.
- Damit die Schweiz bis 2045 klimaneutral wird, muss der Umbau des Energiesystems schneller vorangetrieben werden. Die Effizienz in der Energieverwendung muss gesteigert und die Gebäudesanierung beschleunigt werden.
- Es braucht einen verbindlichen Ausbaupfad bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Solarenergie. Die Zwischenziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der CO₂-Absenkung sind als verbindliche Dekarbonisierungsstrategie auszugestalten. Die strategischen Infrastrukturen im Energiebereich müssen in öffentlicher, schweizerischer Hand bleiben.
- Der Strassenverkehr muss mit erneuerbarem Strom elektrifiziert werden. Massnahmen, damit ab 2040 keine Verbrennungsmotoren mehr notwendig sind, müssen umgehend ergriffen werden. Die Elektrifizierung muss in eine Gesamtstrategie eingebettet werden. Öffentlicher Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr müssen gestärkt werden.
- Die Finanzplatzstrategie muss klimafreundlich werden. Ziel ist, dass ab 2025 Schweizer Unternehmen keine Öl- und Gasprojekte mehr finanzieren oder sich an Firmen, die in diesen Bereichen tätig sind, beteiligen. Es braucht Transparenz, Zielvorgaben für Anleger, Auflagen an die Nationalbank und eine CO₂-Abgabe auf Gewinnen aus klimaschädigenden Kapitalanlagen.
- Die Schweiz muss einen verursachergerechten Beitrag an die Finanzierung von Massnahmen in den Ländern des Südens leisten, um die jährlich international zugesicherten 100 Milliarden Dollar für mehr Klimagerechtigkeit mitzufinanzieren.
- Der Steigerung der CO₂-Emissionen aus dem Luftverkehr ist dezidiert entgegenzuwirken. Es braucht eine Ticketabgabe, wie sie verschiedene Länder kennen. Der Ertrag soll in die internationale Klimafinanzierung fliessen. Die Schweiz soll sich auf internationaler Ebene für eine Kerosinsteuer einsetzen.
- Die Landwirtschaft muss klimafreundlicher werden. Dazu gehören auch vorgelagerte Prozesse, die graue Emissionen im Ausland verursachen.

**GLEICHSTELLUNG,
DEMOKRATIE,
RECHTSSTAAT UND
BÜRGERRECHTE**

Stimmlokal

FÜR EINE UMFASSENDE GLEICHSTELLUNG ALLER GESCHLECHTER

Ausgangslage

Nach grossen Kämpfen in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts ist die rechtliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in der Schweiz weitgehend erreicht. Doch bei der tatsächlichen Gleichstellung besteht noch immer ein riesiger Verbesserungsbedarf. Frauen verdienen heute immer noch monatlich rund 600 Franken weniger – nur weil sie Frauen sind. Jede dritte Woche stirbt eine Frau an den Folgen von häuslicher Gewalt. Noch immer sind Sexismus und Hass gegen LGBTI-Personen weit verbreitet.

Das sind unsere Grundsätze

Die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter ist eines der wichtigsten Anliegen der SP. Die Partei setzt sich auf allen Ebenen für Selbstbestimmung, Chancengleichheit und gegen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und/oder der Geschlechtsidentität ein.

Das hat die SP erreicht

Die SP ist seit jeher die Gleichstellungspartei. Sie war und ist Vorreiterin der gleichstellungspolitischen Fortschritte in unserem Land. In der zu Ende gehenden Legislatur hat das Parlament auf Anstoss von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga und mit tatkräftiger Unterstützung der SP-Bundeshausfraktion betriebsinterne Lohnanalysen zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Lohndiskriminierung verabschiedet sowie moderate Geschlechterrichtwerte in Führungsgremien von grossen börsenkotierten Aktiengesellschaften eingeführt. Durch die Ratifizierung der Istanbul-Konvention und einem neuen Gewaltschutzgesetz können häusliche Gewalt und Stalking wirksamer bekämpft werden. Dank einer Parlamentarischen Initiative von SP-Nationalrat Mathias Reynard werden in Zukunft homophobe Diffamierungen strafbar sein. Und schliesslich hat sich das Parlament im Grundsatz für die Ehe für alle ausgesprochen.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Senkung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede auf maximal 5 Prozent durch Einführung von verbindlichen staatlichen Lohngleichheitskontrollen und wirksamen Sanktionen.
- Einführung einer verbindlichen Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent für die Wahllisten für National- und Ständerat, im Bundesrat, in der Bundesverwaltung und am Bundesgericht.
- Einführung einer verbindlichen Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen von Unternehmen der Privatwirtschaft sowie von bundeseigenen und bundesnahen Betrieben.

- Vollständige Öffnung der Ehe für alle inklusive Adoptionsrecht, Bürgerrecht, Zugang zur Fortpflanzungsmedizin sowie Sozialversicherungsrecht.
- Ermöglichung einer raschen und unbürokratischen zivilstandsrechtlichen Geschlechtsänderung sowie die Einführung eines «Geschlecht X» (dritte Geschlechtskategorie).
- Umfassende Umsetzung der Istanbul-Konvention insbesondere durch eine nationale Strategie gegen Gewalt gegen Frauen, der Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Gewalt gegen Frauen sowie Sicherstellung der ausreichenden Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten sowie der Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden im Bereich Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.
- Sicherstellung eines ausreichenden Unterstützungsangebots für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen einschliesslich genügend Plätzen in Frauenhäusern und Anschlusslösungen.
- Verstärkung des rechtlichen Schutzes gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität sowie der Lebensform mit entsprechenden wirksamen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten.
- Einführung von Beweiserleichterungen und Erhöhung der Sanktionen bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.
- Einführung von Massnahmen zur Bekämpfung von sexistischen Rollenbildern in Medien und Gesellschaft.

Ausgangslage

Die nationalkonservativen Kräfte unseres Landes reiten seit mehreren Jahren heftigen Attacken gegen den Rechtsstaat, die Unabhängigkeit der Justiz und das internationale Recht. Es wurden und werden Volksinitiativen und parlamentarische Vorstösse eingereicht, die rechtsstaatliche Prinzipien, Grundrechte und insbesondere den internationalen Menschenrechtsschutz schwächen wollen. Dies mit dem Hinweis, die Schweiz müsse souverän bleiben und das Volk das letzte Wort haben.

Das sind unsere Grundsätze

Die direkte Demokratie und der Rechtsstaat bilden die Grundlage unseres Landes und stehen einander gleichwertig gegenüber. Die SP kämpft gegen das Recht des Stärkeren und für den Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Wir setzen uns für die Stärkung der direkten Demokratie ein und verteidigen einen auf Gleichheit, Freiheit und Solidarität beruhenden Rechtsstaat. Denn auch die Mehrheit darf nicht alles.

Ein funktionierendes internationales Recht im Allgemeinen und ein wirksamer internationaler Menschenrechtsschutz im Speziellen liegt im Interesse des Kleinstaats Schweiz und schützt die Einwohner/innen unseres Landes vor staatlicher Willkür und die Minderheiten vor Diskriminierungen durch die Mehrheit der Abstimmenden. Die Schweiz muss deshalb international ein verlässlicher Vertragspartner bleiben und sich an internationale Verträge halten. Deshalb muss sie auch den internationalen Menschenrechtsschutz wahren und verteidigen.

Das hat die SP erreicht

Deutliche Siege in den Volksabstimmungen gegen die rechtsstaatsfeindliche SVP-Durchsetzungsinitiative sowie gegen die menschenrechtsfeindliche SVP-Selbstbestimmungsinitiative.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Sicherstellung der politischen Teilhabe für alle – insbesondere für Menschen mit Behinderungen.
- Führen einer sachlichen und offenen Diskussion über die Wichtigkeit von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten im politischen Diskurs, insbesondere durch Stärkung der politischen Bildung in der Ausbildung auf allen Stufen.
- Konsequenter Einsatz gegen sämtliche Schwächungen des nationalen und internationalen Grundrechts- und Menschenrechtsschutzes. Die EMRK als zentraler Baustein einer europäischen Wertegemeinschaft und der EGMR als Hüter des europäischen Menschenrechtsschutzes müssen verteidigt und gestärkt werden.

- Einführung einer wirksamen, unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution.
- Einführung eines konstruktiven Gesetzesreferendums, mit welchem 50 000 Bürger/innen oder acht Kantone zusammen mit einem Referendum gegen ein Bundesgesetz oder einen Bundesbeschluss einen Gegenvorschlag einbringen können.
- Passives und aktives Wahl- und Stimmrecht für Ausländer/innen, die seit einer angemessenen Frist in der Schweiz leben.
- Volksinitiativen, die internationalem Recht widersprechen und keine explizite Kündigung von kündbaren völkerrechtlichen Verträgen vorsehen, sollen auf Gesetzesstufe nur nach Massgabe des internationalen Rechts umgesetzt werden.

19

FÜR TRANSPARENZ IN DER POLITIK-FINANZIERUNG

Ausgangslage

Die Schweiz ist das letzte Land in Europa ohne Transparenzregelung. Die Antikorruptionsbehörde des Europarates GRECO hat die Schweiz deswegen immer wieder gerügt. Geschehen ist bis heute nichts. Sämtliche Vorstösse im Bundesparlament, die etwas mehr Transparenz in der Politikfinanzierung forderten, wurden abgelehnt. Immerhin gibt es dort Hoffnung, wo sich die Stimmbevölkerung zur Transparenz-Frage bereits äussern konnte. So stimmte im Frühling 2018 in den Kantonen Schwyz und Freiburg die Mehrheit der Stimmbevölkerung für Transparenz-Initiativen der JUSO. Das ist Rückenwind für die hängige Vorlage auf nationaler Ebene, worüber voraussichtlich 2020 abgestimmt werden wird (www.transparenz-ja.ch).

Das sind unsere Grundsätze

In keinem anderen Land können die Bürgerinnen und Bürger so oft abstimmen und wählen wie in der Schweiz. Darauf sind wir zu Recht stolz. Umso wichtiger ist es, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich eine Meinung bilden wollen, wissen, wieviel Geld die Parteien und Komitees haben, was eine Wahl- oder Abstimmungskampagne kostet und welche grossen Geldgeberinnen und Geldgeber dies bezahlen. Um die Glaubwürdigkeit der Politik zu stärken, braucht es Klarheit darüber, wer wem grosse Geldsummen spendet und wer dadurch Interesse am Erfolg eines Anliegens oder einer Kandidatur hat. Denn bei grossen Spenden können Abhängigkeiten entstehen. Es entsteht dadurch keine unnötige Bürokratie, da der Fokus auf Grossspenden liegt. Aus diesen Gründen engagiert sich die SP als Teil eines breiten Bündnisses mit Überzeugung für die Transparenz-Initiative.

Auch die Mitglieder der Bundesversammlung sollen mehr Transparenz herstellen, in dem sie aufzeigen, welche finanziellen Leistungen sie in Zusammenhang mit ihren in den Interessenbindungen aufgeführten Mandate und Ämter erhalten.

Mit mehr Transparenz in der Politikfinanzierung fördern wir die Meinungsbildung, stärken das Vertrauen in die Politik und damit unsere direkte Demokratie.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat beim Thema Transparenz in der Politikfinanzierung nicht lockergelassen und Forderungen nach mehr Transparenz immer wieder mittels Vorstössen oder auch mit Anträgen im Rahmen der Parlamentsrechtsrevision aufs Tapet gebracht. Leider ohne Erfolg. Umso wichtiger ist es, dass sich dank der Transparenz-Initiative voraussichtlich 2020 erstmals die Stimmbevölkerung dazu äussern kann.

Die SP geht im Übrigen mit gutem Beispiel voran und setzt die Forderungen der Transparenz-Initiative um. Mehr dazu auf www.sp-ps.ch.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die nationale Transparenz-Initiative wird von einer Mehrheit der Stimmbevölkerung angenommen.
- Die SP setzt sich dafür ein, dass neben den Parteifinzen auch mehr Transparenz bei den parlamentarischen Interessenbindungen hergestellt wird. Dafür sollen die Parlamentsmitglieder ihre Geldflüsse in Zusammenhang mit ihren jeweiligen Interessenbindungen offenlegen.
- Einzelspenden, die Parlamentsmitglieder erhalten (zum Beispiel für Wahlkampagnen), sollen ab einer bestimmten Höhe ebenfalls transparent gemacht werden.
- Zudem sollen Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Zukunft offenlegen, wenn sie Reisen von Lobbyorganisationen, Verbänden und Behördenorganisationen annehmen.
- Mehr Transparenz fordert die SP auch betreffend Lobbyistinnen und Lobbyisten: Es braucht eine offizielle, allen offenstehende Akkreditierung für das Bundeshaus. Das System der Lobbyist/innen-Badges dank Kontakten zu Parlamentsmitgliedern ist nicht mehr zeitgemäss.

FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE AUSLÄNDER/ INNEN- UND ASYLPOLITIK

Ausgangslage

Das Zusammenleben von Ausländer/innen und Schweizer/innen ist weitgehend eine Erfolgsgeschichte. Die Schweiz profitiert von der Migration gesellschaftlich und wirtschaftlich. Nichtsdestotrotz betreiben die rechtskonservativen Kräfte in unserem Land seit Langem eine Politik der Ausgrenzung und des Abbaus der Rechte von Migrant/innen und Ausländer/innen.

Vor den Toren Europas spielt sich seit mehreren Jahren ein veritables Flüchtlingsdrama ab. Trotzdem dreht sich die Abschottungs- und Verschärfungsspirale in der schweizerischen Innenpolitik weiter. Und längst nicht alle europäischen Länder sind bereit, auf diese Herausforderung eine humane und solidarische Antwort zu finden.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für eine Ausländer/innen- und Asylpolitik der Humanität und Solidarität. Wir sind bereit, die im Zusammenhang mit der Migration bestehenden Herausforderungen anzupacken. Auftretende Probleme können aber nicht durch Ausgrenzung und Diskriminierung gelöst werden, sondern brauchen im Gegenteil verstärkte Integrationsanstrengungen aller Beteiligten.

An Leib und Leben und persönlicher Freiheit gefährdeten Geflüchteten muss Schutz gewährt werden. Die verheerende Situation der Geflüchteten macht eine grosszügige Aufnahme in Absprache mit den europäischen Nachbarländern notwendig. Gleichzeitig müssen Schleppertum und Menschenhandel konsequent bekämpft werden. Weiter müssen die Fluchtursachen wirksam angegangen werden. Hier steht insbesondere die Schweizer Handels- und Steuerpolitik in der Verantwortung.

Wer sich schon seit Jahren in der Schweiz aufhält, gehört zu uns. Eine zeitgemässe Einbürgerungspolitik muss dieser Tatsache Rechnung tragen. Die Hürden zur Einbürgerung sind deutlich zu senken.

Das hat die SP erreicht

Deutliche Siege in den Volksabstimmungen zur Einführung der erleichterten Einbürgerung der dritten Generation sowie zum neuen Asylgesetz, welches rasche Asylverfahren unter Wahrung der Interessen der Geflüchteten vorsieht.

Verabschiedung eines revidierten Ausländer- und Integrationsgesetzes im Parlament mit gewissen Verbesserungen im Bereich der Integrationspolitik.

Völkerrechtskonforme und verhältnismässige Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (Arbeitslosenvorrang).

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Schweiz muss zusammen mit anderen europäischen Ländern deutlich grössere Flüchtlingskontingente aufnehmen. Dazu entwickelt sie Aufnahmestrukturen, welche die rasche Integration der anerkannten Flüchtlinge sicherstellen. Sie muss sich für sichere Fluchtwege einsetzen und dafür sorgen, dass keine Flüchtenden mehr ihr Leben im Mittelmeer verlieren. Seenotretter/innen dürfen nicht kriminalisiert werden. Gleichzeitig soll die Schweiz an einem solidarischeren und gerechteren Verteilsystem innerhalb der Dublin-Staaten mitwirken. Die Schweiz soll auf Dublin-Rückführungen – insbesondere von verletzlichen Geflüchteten sowie in Erstaufnahmeländer mit prekären Verhältnissen – verzichten und vermehrt von ihrem Selbsteintrittsrecht Gebrauch machen.
- Vorläufig Aufgenommene sollen endlich einen besseren Rechtsstatus erhalten, um ihnen raschen Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Massstab soll die Richtlinie für subsidiären Schutz der EU sein. Nach fünf Jahren sollen sie zudem einen Rechtsanspruch auf eine reguläre Aufenthaltsbewilligung erhalten.
- Für Sans-Papiers, die schon lange in der Schweiz sind und sich hier gut integriert haben, soll eine Legalisierungsmöglichkeit geschaffen werden, die deutlich über die heutigen kantonalen Härtefallregelungen hinausgeht.
- Die Einbürgerungsvoraussetzungen müssen gelockert werden und Einbürgerungsverfahren angemessen, fair und unter Wahrung von verfahrensrechtlichen Grundsätzen ausgestaltet werden. Die Aufenthaltsfristen für die Zulassung zum Einbürgerungsverfahren müssen gekürzt und auch bei einem Gemeinde- und/oder Kantonswechsel angerechnet werden.
- Der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus muss auf allen Ebenen verstärkt werden.



MEDIEN, DIGITALISIERUNG UND KULTUR

FÜR EINE DEMOKRATISCHE MEDIENPOLITIK, DIE DIE VIELFALT STÄRKT

Ausgangslage

Die Medienwelt verändert sich rasch: Grosse Verlage investieren immer weniger in den Journalismus. Neue Anbieter lancieren eigene Produkte, Infrastrukturbetreiber und Gerätehersteller bringen eigene Angebote auf den Markt. Plattformen, die Inhalte bereitstellen, ohne eine publizistische Leistung zu erbringen, gewinnen an Bedeutung. Journalistische Angebote, namentlich im Informationsbereich, geraten dadurch unter Druck. Gleichzeitig sinkt die Medienvielfalt und es kommt zu Qualitäts- und Angebotsabbau, gerade auch auf lokaler und regionaler Ebene. Die geltende Regulierung unterscheidet nicht zwischen Medien und «klassischen» Wirtschaftszweigen und kann die Vielfalt nicht sichern.

Das sind unsere Grundsätze

Vielfältige, unabhängige und qualitativ gute Medien haben eine zentrale demokratiepolitische Bedeutung. Eine starke vierte Gewalt ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Guter Journalismus zeichnet sich aus durch Relevanz, Vielfalt, Verständlichkeit, Faktentreue und Objektivität. Er fördert die Teilhabe der Menschen und erhöht die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens. Voraussetzung dafür sind vertrauenswürdige Medien, Vielfalt und Unabhängigkeit. Journalismus ist kein Gut, das durch den Markt reguliert werden kann. Es braucht politische Rahmenbedingungen, die Vielfalt und Qualität stärken. Der SDA kommt eine unverzichtbare Aufgabe als unabhängige Lieferantin von Informationen aus allen Themenbereichen zu. Sie soll die Grundversorgung in allen Landesregionen sichern und einen Service-public-Auftrag wahrnehmen. Zentrale Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind gut ausgebildete Journalistinnen und Journalisten sowie faire und motivierende Arbeitsbedingungen.

Das hat die SP erreicht

Die SP prägt den Diskurs, wie ein demokratiegerechtes Mediensystem aussehen soll, seit Jahren massgeblich mit. Im Austausch mit den relevanten Akteuren hat sie Konzepte entwickelt, wie eine Medienförderung, die zu Vielfalt und Qualität beiträgt, ausgestaltet und finanziert werden kann. Die SP hat das neue Radio- und Fernsehgesetz mitgeprägt und dazu beigetragen, dass die No-Billag-Initiative deutlich gescheitert ist. Der Grundsatz, dass zum medialen Service public sowohl eine starke SRG als auch vielfältige lokale und regionale Medien gehören, wurde von der SP erfolgreich verteidigt, ebenso die Forderung, dass Onlinejournalismus eine direkte Förderung erfährt. Die SP will eine Medienpolitik, die alle Mediengattungen umfasst.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Ein neues Mediengesetz muss Qualität sowie Vielfalt zum Ziel haben. Der mediale Service public muss alle Mediengattungen abdecken. Dazu gehören auch die gedruckte Presse und der Onlinejournalismus.
- Langfristig soll eine direkte Medien- und Journalismusfinanzierung eingeführt werden, die alle Mediengattungen umfasst, die nach journalistischen Kriterien arbeiten. Das setzt eine entsprechende Verfassungsgrundlage voraus.
- Solange die Verfassungsgrundlage für eine direkte Förderung der Presse fehlt, soll die indirekte Presseförderung weitergeführt und substantiell erhöht werden. Voraussetzung ist, dass die Verleger in Qualitätsjournalismus, Vielfalt und regionale Berichterstattung investieren.
- Die SRG muss mit ihrem publizistischen Angebot im Dienste der Demokratie stehen. Sie soll sich durch ihren Service-public-Auftrag von anderen Anbietern unterscheiden und spezifische Inhalte für verschiedene Bevölkerungsgruppen bereitstellen. Die SRG muss über genügend Einnahmen verfügen, um sich weiterentwickeln zu können.
- Es braucht eine nationale, nicht profitorientierte Nachrichtenagentur mit einem Service-public-Auftrag, die redaktionelle Leistungen in Deutsch, Französisch und Italienisch in hoher Qualität anbietet und die Bedürfnisse regionaler Medien aufnimmt.
- Es braucht Massnahmen, die eine wirksame Regulierung der Medienkonzentration ermöglichen, um die Vielfalt der Eigentümerinnen und Eigentümer und der Meinungen zu stärken.
- Der bessere Schutz der Arbeitnehmenden und faire Arbeitsbedingungen müssen verbindlich festgeschrieben werden. Die Besitz- und Eigentumsverhältnisse von Medienunternehmen müssen bekannt und transparent sein.
- Online-Anbieter wie Google und Facebook sowie Infrastrukturanbieter wie Swisscom oder UPC sollen für Medienbeiträge, die über ihre Dienste abrufbar sind, einen Beitrag für die Medienförderung sowie für audiovisuelle Beiträge, insbesondere Film, entrichten.
- Die Förderung der Medienkompetenz ist mit den Bildungsorganisationen zu intensivieren. Mediennutzende sollen Fake news von seriösen Angeboten unterscheiden können.

FÜR EINE DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE IM INTERESSE ALLER

Ausgangslage

Die Digitalisierung beinhaltet grosse Chancen, aber auch Risiken für Gesellschaft und Arbeitswelt. Aufgrund der Digitalisierung verändern sich Branchen und Berufe rasch und grundlegend. Auch die Ansprüche an Qualifikation und Aus- und Weiterbildung verändern sich. Internet und soziale Medien können die Demokratie stärken, sie können aber auch Isolation, Verbreitung von Hass und Fake News sowie den Missbrauch persönlicher Daten befördern. Die Digitalisierung hat grosses Demokratiepotehtial und kann einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise leisten. Auf der anderen Seite begünstigt sie die Monopolstellung grosser IT-Firmen mit entsprechender Machtkonzentration.

Das sind unsere Grundsätze

Ein leistungsfähiges Internet und eine gute digitale Infrastruktur gehören zum Service public. Auch Daten sind Teil des Service public. Der digitale Raum soll Ort der freien Kommunikation sein, der es allen Menschen ermöglicht, am sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Die Digitalisierung darf nicht dazu führen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es braucht gezielte Weiterbildungsangebote – gerade auch für Menschen über 50 Jahre –, die sicherstellen, dass die Menschen aufgrund der Digitalisierung nicht aus dem Arbeitsprozess fallen. Die Vorteile der Digitalisierung müssen allen Menschen, auch Menschen mit Behinderung, zugutekommen. Die Digitalisierung soll die Demokratisierung der Wirtschaft voranbringen. Rassismus, Diskriminierung jeder Art, Kinderpornographie sowie die Verletzung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten müssen geahndet werden. Eine moderne Politik der Digitalisierung soll auch den Forderungen nach mehr Diversität Rechnung tragen.

Das hat die SP erreicht

Die SP stellt die Digitalisierung und ihre Auswirkungen in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und verknüpft die damit verbundenen Chancen und Risiken mit der sozialen Frage, insbesondere was Bildung und Arbeitsbedingungen angeht. Mit dem Wirtschaftskonzept leistet sie einen differenzierten Diskussionsbeitrag in dieser für die Gesellschaft zentralen Frage. Die SP hat massgeblich dazu beigetragen, dass der Ausbau einer flächendeckenden, hochbreitbandigen Infrastruktur finanziert werden kann, und dass langfristige Investitionssicherheit geschaffen wird. Dank der SP bleibt auch die politische Kontrolle über die Infrastrukturen gewährleistet.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Der freie Zugang zu leistungsfähigen Infrastrukturen muss für alle Menschen jederzeit und überall gewährleistet sein. Es braucht genügend Investitionen in die Infrastruktur. Die demokratische Kontrolle muss gesichert sein.
- Es braucht deutlich mehr Mittel für die Weiterbildung. Bildung allgemein sowie Weiterbildung auf allen Stufen muss einfach zugänglich sein und die aufgrund der Digitalisierung geforderten Fähigkeiten ins Zentrum stellen.
- Für digitale Einzelunternehmen und Scheinselbständige (Crowdworker/innen) müssen Arbeitsmodelle und Mechanismen der sozialen Sicherheit entwickelt werden, die gute und faire Arbeitsbedingungen ermöglichen.
- Der freie Zugang zu Daten der Behörden muss gewährleistet sein (Open Government Data). Es braucht gute digitale Dienstleistungen für die Bevölkerung und einen digitalen, barrierefreien Service public. Im öffentlichen Sektor soll die Nutzung von Open-Source-Anwendungen gefördert werden.
- Die Netzneutralität, die diskriminierungsfreie Behandlung des Datenverkehrs, muss gesetzlich festgeschrieben werden.
- Es braucht ein Recht auf Kopie der persönlichen Daten, das Recht, die Nutzung durch Dritte zu verbieten und Daten löschen zu lassen. Es braucht ein Recht auf Portabilität der Daten sowie ein Recht auf Korrektur. Es braucht staatlich festgelegte, transparente Standards für den Umgang mit personenbezogenen Daten für alle Akteure.
- Die Kompetenzen im Umgang mit Daten und das kritische Bewusstsein für Datenschutz müssen auf allen Bildungsstufen umfassend vermittelt werden.
- IT-Unternehmen wie Google, Amazon, Facebook oder Alphabet müssen dort, wo ihre Wertschöpfung entsteht, Steuern entrichten («GAFA-Steuer»).
- Der barrierefreie Zugang zu Technologien, Infrastrukturen und Informationen muss von Bund und Kantonen in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft gefördert werden.
- Es braucht Massnahmen, um den Energieverbrauch der Digitalisierung möglichst tief zu halten. Zudem muss der Gesundheitsschutz gewährleistet sein.

FÜR EINE VIELFÄLTIGE KULTURPOLITIK UND BREIT ZUGÄNLICHE KULTURANGEBOTE

Ausgangslage

Kultur und Kulturpolitik in allen Facetten haben aus gesellschaftlichen und sozialen Gründen einen hohen Stellenwert und beeinflussen unser Leben vielfältig. Das Kulturschaffen leistet einen wichtigen Beitrag für eine offene und tolerante Schweiz. Indem Kulturförderung die Vielfalt der Kulturen und Sprachen – insbesondere mit der Förderung der Landessprachen und der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften – stärkt, trägt sie zum Zusammenhalt bei. Kultur wirkt positiv auf Kreativität und Innovationskraft der Schweiz und leistet damit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Mit der künstlichen Intelligenz steigt die Bedeutung der Kreativität auch in Forschung und Lehre.

Das sind unsere Grundsätze

Der Förderung der kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft und dem Respekt vor sprachlichen und kulturellen Minderheiten messen wir grosse Bedeutung bei. Kulturpolitik soll den Zusammenhalt und das Verständnis zwischen verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen stärken und einen Beitrag für eine demokratische und solidarische Gesellschaft leisten. Alle Bevölkerungskreise sollen von einem vielfältigen Angebot Gebrauch machen können. Kulturelle Teilhabe soll möglichst vielen Menschen möglich sein. Die digitale Informationsverarbeitung entfaltet auch im Kulturbereich Innovationspotenzial, das vermehrt für die Teilhabe an Kultur genutzt werden sollte. Auch die Schule spielt eine wichtige Rolle bei Kulturvermittlung und kultureller Bildung, der Förderung kultureller Betätigung und der Stärkung der Medienkompetenzen. Visuelles Gestalten, Musik, Literatur, Theater, Bibliotheken oder Museen begegnen vielen Kindern erstmals in der Schule. Diese wichtigen Erfahrungen dürfen nicht der Sparwut zum Opfer fallen.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat massgeblich dazu beigetragen, dass die Kulturbotschaft 2016 bis 2019, die für die umfassende Kulturförderung positive Leitplanken vorgibt, zusammen mit den entsprechenden Verpflichtungskrediten politisch eine Mehrheit fand. Damit werden Kulturförderung und kulturelle Teilhabe umfassend gestärkt. Die Angriffe auf den obligatorischen Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule in verschiedenen Kantonen konnten unter anderem dank dem grossen Engagement der SP auf nationaler und kantonaler Ebene abgewehrt werden. Beim Urheberrechtsgesetz trug die SP dazu bei, dass sowohl die Ansprüche der Konsumentinnen und Konsumenten als auch diejenigen der Kulturschaffenden so weit als möglich in Übereinstimmung gelangen und ins digitale Zeitalter überführt werden können.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Förderung des schulischen Austauschs und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften sollen als Aufgaben von staatspolitischer Bedeutung verstärkt gefördert werden.
- Eine zweite Landessprache soll obligatorisches Schulfach in der Primarschule sein. Die italienische und rätoromanische Sprache und Kultur sollen in den Kantonen Tessin und Graubünden sowie ausserhalb gefördert werden.
- Um die kulturelle Teilhabe zu garantieren, sollen die Bemühungen zur Unterstützung von Kultur und Sprache der Fahrenden intensiviert werden.
- In der Schule sollen Bund und Kantone für einen guten Musikunterricht auf allen Stufen sorgen. In der Freizeit sollen alle Kinder und Jugendlichen sich musikalisch betätigen können.
- Die Situation vieler Kulturschaffender ist namentlich bei der beruflichen Vorsorge prekär. Es braucht Massnahmen zur sozialen Absicherung.
- Der Bund soll seine Kompetenz, qualitativ gute und vielfältige Werke aus dem Bereich Film zu fördern, verstärkt wahrnehmen. Mit Standortförderung beim Film soll die Schweiz als Produktionsland attraktiver werden und internationale Ausstrahlung erlangen.
- Digitale Medien nehmen in der Alltagskultur einen hohen Stellenwert ein. Sie müssen Teil der Kulturförderung werden.
- Europäische Entwicklungen, insbesondere die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, müssen in die Gesetzgebungen im Kulturbereich aufgenommen werden. Mittelfristig muss die Schweiz wieder Teil des EU-Programms «Kreatives Europa» sein.
- Erhalt und Pflege von Kulturgütern müssen ausreichend finanziert werden. Beiträge für die Erhaltung der identitätsstiftenden Ortsbilder, archäologischen Stätten und erhaltenswerten Einzelobjekten und Ensembles müssen so ausgestattet sein, dass das kulturelle Erbe vor Schäden und schleichendem Zerfall bewahrt wird.
- Die Zusammenarbeit von Forschung und Entwicklung mit kreativen Disziplinen soll die Bedeutung von Kultur und Kunst auch für Wirtschaft und Innovation stärken.

A close-up photograph of a cupcake in a white paper liner. Several small flags are stuck into the cupcake, including the European Union flag (blue with yellow stars) and the French flag (blue, white, and red). In the background, a glass of beer is visible, and the scene is lit with a blue and yellow color scheme.

EUROPA, NACH- HALTIGKEIT UND INTERNATIONALE POLITIK

FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG VERLÄSSLICHER UND GUTER BEZIEHUNGEN ZUR EU

Ausgangslage

Europa und die Schweiz stehen an einem Scheideweg. Eine Krise der europäischen Solidarität fällt zeitlich mit der Ungewissheit zusammen, wie und ob überhaupt die bisherigen vertraglichen Beziehungen der Schweiz mit der EU fortgesetzt werden können. Beide Herausforderungen drohen, sich gegenseitig negativ zu verstärken. Die in der Schweiz und ganz Europa verbreiteten rechtsnationalen, antieuropäischen Stimmungen bleiben so lange gefährlich, als es der Politik nicht gelingt, auf allen Ebenen wirksame Lösungen für die drängenden sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und demokratiepolitischen Probleme zu finden. Massenarbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven für die junge Generation bei gleichzeitig explodierendem Vermögen und Einkommen ganz oben gehen uns alle an: Längst bilden die EU und Schweiz eine Schicksalsgemeinschaft. Auf dem Spiel stehen nicht weniger als die Erhaltung des Friedens und die Zukunftsfähigkeit des europäischen Sozialmodells.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP will keine Rückkehr zu Nationalismus oder schon gar nicht den Zerfall der EU, sondern vielmehr die Stärkung und Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses auf dem gesicherten Boden der europäischen Wertegemeinschaft. Unser Ziel ist und bleibt ein demokratisch verfasstes, soziales und ökologisches Europa im Dienste aller. In dieser Perspektive steht die SP für die Weiterentwicklung der guten, vertraglich geregelten Beziehungen der Schweiz zur EU ein. Die politischen Mitwirkungsrechte der Schweiz auf europäischer Ebene müssen ausgebaut, die Personenfreizügigkeit nicht weniger frei, sondern fairer ausgestaltet und die erforderlichen inneren Reformen in der Schweiz angepackt werden. Denn die Fortsetzung der Öffnungspolitik gelingt vor dem Volk nur, wenn deren Früchte gerecht verteilt, unvermeidbare Kosten wirksam minimiert und abgefedert und namentlich für alle gute Löhne und Arbeitsbedingungen gesichert werden.

Das hat die SP erreicht

Die SP konnte im Sommer 2018 mit ihren Verbündeten die schamlosen Angriffe der FDP-Bundesräte auf die flankierenden Massnahmen am Arbeitsmarkt abwenden. Die SP setzte gemeinsam mit den Gewerkschaften durch, dass wirksame flankierende Lohnschutzmassnahmen untrennbar mit dem Rahmenabkommen mit der EU verknüpft sind. Die SP trug massgeblich dazu bei, dass die bewährte Koalition der öffnungsorientierten politischen Kräfte die Masseneinwanderungsinitiative in Übereinstimmung mit der Bundesverfassung und dem aktuellen Staatsvertragsrecht unter Fortführung der Personenfreizügigkeit umgesetzt hat und mit dem Arbeitslosenvorrang (Meldepflicht offener Stellen an das RAV) ein Ausbau der flankierenden Massnahmen zum Schutz aller Arbeitnehmenden in der Schweiz gelang.

Nur deshalb kann die Schweiz seit 2017 wieder am EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 teilnehmen. Es ist für den Forschungs- und Wissenschaftsplatz Schweiz von grösster Bedeutung, läuft aber 2021 aus.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die SP setzt sich für die umfassende Weiterentwicklung der guten vertraglichen Beziehungen der Schweiz zur EU ein. Es gibt keine Rückkehr zum alten bilateralen Weg. Erosion oder gar Abbruch wären fatal.
- Die SP steht für mehr Realitätssinn in der Beurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Der baldige Abschluss eines beidseits annehmbaren institutionellen Abkommens ist von grundlegender Bedeutung. Innere Reformen in der Schweiz sind gefordert, damit die Öffnung ein Gewinn für alle und nicht nur für ein paar Wenige wird – dank einem wirksamen Lohnschutz und Schutz des Service public.
- Ohne institutionelles Abkommen steht die Erosion und Nichtverlängerung bestehender und der Abschluss weiterer für die Schweiz wichtiger Abkommen im Bereich des Binnenmarktes (Stromabkommen) auf dem Spiel, ebenso die Mitwirkung bei den Kooperationsprogrammen ausserhalb des Binnenmarktes. 37 solche Programme sind im Rahmen des EU-Finanzrahmens 2021–2027 geplant. Die zwei grössten sind Horizon Europa (Forschungszusammenarbeit) und Erasmus+ (Austausch von Studierenden und Lehrlingen). Die EWR-Staaten können in 14 dieser EU-Programme mitwirken. Ein Abseitsstehen wäre für die Schweiz mit grossen Nachteilen verbunden.
- Es braucht eine Debatte über neue Modelle der europäischen Integration unter Mitwirkung und Mitgestaltung der Schweiz. Der antieuropäischen Stimmung muss die Stirn geboten, und es muss an die grundlegende Bedeutung einer regelbasierten europäischen und globalen Zusammenarbeit für die Schweiz erinnert werden.
- Statt gestützt auf die Personenfreizügigkeit einfach Personal aus dem Ausland abzuwerben, muss die Schweiz in die Ausbildung ihrer eigenen Fachleute investieren und dafür sorgen, dass Frauen, über 50-Jährige, Marginalisierte und Migrant/innen verstärkt am Arbeitsmarkt teilnehmen können – dank einer Bildungsoffensive, mehr Krippen, neuen Arbeitszeitmodellen und Diplomanerkennung.

FÜR EINE ENTWICKLUNGSPOLITIK, DIE ARMUT BEKÄMPFT, IN FRAGILEN STAATEN AKTIV BLEIBT UND GLOBALE ÖFFENTLICHE GÜTER SCHÜTZT

Ausgangslage

Noch immer zirkuliert die falsche Einschätzung, in Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gehe es bloss darum, etwas Gutes zu tun, vergleichbar einem Almosen für die Armen. Dabei würde ein kurzer Blick in die Welt genügen, um die dramatischen Folgen einer Politik zu erkennen, die sich nicht wirksam um Armutsbekämpfung, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und den Schutz der Globalen Öffentlichen Güter (Klima, Frieden, Kontrolle ansteckender Krankheiten usw.) kümmert. Wir können es uns in einer globalisierten Welt schlicht nicht leisten, dass mehr als eine Milliarde Menschen Hunger leidet, während 1 Prozent der Weltbevölkerung gleich viel Vermögen für sich beansprucht wie die übrigen 99 Prozent. Die grossen globalen Herausforderungen – Armut, Klima, zerfallende Staaten mit allen Folgeproblemen (Flüchtlinge, Gewalt, Terrorismus) – entscheiden über die Zukunft von uns allen. Die Schweiz kann und soll als weltweit führender Rohstoffhandelsplatz, international fünftgrösster Finanzplatz und siebzehntgrösste Wirtschaftsmacht global Einfluss nehmen.

Das sind unsere Grundsätze

Die Schweiz muss als bedeutende Nutzniesserin der Globalisierung ihre Verantwortung wahrnehmen, auf internationaler Ebene für eine gerechte und friedliche Weltordnung eintreten und ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung gemäss UNO-Agenda 2030 bedeutend erhöhen. Die Ziele sind Ausdruck der Bedürfnisse und Grundrechte, die jeder Mensch auf der Welt haben sollte. Sie bestimmen die Zukunftsfähigkeit von uns allen wesentlich mit. Die Schweiz war führend an der Erarbeitung wichtiger Rahmenerklärungen der UNO wie der Agenda 2030 oder dem Migrationspakt beteiligt. Der Bundesrat muss hier auf Kurs bleiben und auch innerstaatlich die Voraussetzungen schaffen, damit sich die verschiedenen international wirksamen Sektoralpolitiken der Schweiz gegenseitig nicht widersprechen und auf Grundlage der Menschenrechte die Kohärenz erhöht wird.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat erfolgreich alle Angriffe auf den 11-Milliarden-Rahmenkredit für internationale Zusammenarbeit abgewehrt, den der Bundesrat 2016 beantragt hat. Die SP trug zudem wesentlich zum kräftigen Bekenntnis des Bundesrates zu den Zielen der UNO-Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens bei.

Die SP setzte erfolgreich das Thema Rohstoffhandel und das Thema der unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüsse aus Entwicklungsländern (*illicit financial flows, IFF*) auf die politische Agenda. Aus Entwicklungsländern fliesst durch IFF ein Mehrfaches an Mitteln ab, als sie durch öffentliche Entwicklungshilfe erhalten.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Ziele der UNO-Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung sind konsequent umzusetzen. Dabei sind Politikbereiche ausserhalb der Entwicklungszusammenarbeit (*non-aid policies*) für die Entwicklungsländer und eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen bedeutsamer als die öffentliche Entwicklungshilfe. Die Kohärenz der Politiken für nachhaltige Entwicklung ist zentral. Deshalb sind alle sektoriellen Politiken – für Geld-, Währungs- und Finanzmärkte, Steuern, Handel, Investitionen, Technologie, Migration usw. – darauf auszurichten, dass sie die Ziele der UNO-Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung unterstützen und diese nicht aushöhlen.
- Die Entwicklungszusammenarbeit muss noch konsequenter als bisher auf fragile Kontexte ausgerichtet werden, denn Gewalt, Konflikt und schwache Staatlichkeit sind heute die Hauptursachen von Armut und Elend. Zentrale Bedeutung haben Programme, die auf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen, die Berufsbildung und Einhaltung der fundamentalen Arbeitsrechte stärken, die Korruption eindämmen und die Demokratisierung fördern. Die Schweiz muss dazu beitragen, die Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in der Entwicklungspolitik zu stärken.
- Zwar trägt die Schweiz ausserpolitisch den weltweiten Konsens mit, die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anzuheben. Dieses Ziel muss mit Blick auf die wachsende Gefährdung der Globalen Öffentlichen Güter (Frieden, Umwelt usw.) und namentlich auch den Klimawandel nun endlich umgesetzt werden, denn die zusätzlichen Herausforderungen erfordern zusätzliche finanzielle Mittel. Dazu soll und kann eine Finanztransaktionssteuer beitragen.
- Multis sind gesetzlich zu verpflichten, über die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards Rechenschaft abzulegen. Bei Verstössen sollen sie in der Schweiz zivil- und strafrechtlich belangt werden können. Die Rechnungslegung muss verhindern, dass sich Multis mit manipulierten Transferzahlungen der Steuerpflicht entziehen oder Bestechungsgelder verstecken. Der Privatsektor muss seine Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt wahrnehmen.

FÜR DIE MACHT DES MULTILATERALEN RECHTS STATT DAS NATIONALE RECHT DER MÄCHTIGEN

Ausgangslage

Die Aussenpolitik der Schweiz hat sich nach dem Ende des kalten Krieges modernisiert und seit den 1990er Jahren meist an den grundlegenden Normen der UNO – Frieden, Stärkung der Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung – orientiert. Bloss haben weite Teile einer breiteren Öffentlichkeit davon kaum Kenntnis genommen. Umso einfacher war es für rechtsnationalistische Kreise in der Schweiz, Trump, Putin, Orban und Erdogan nachzueifern und längst überwunden geglaubte nationalistische Mythen einer angeblich neutralen, unabhängigen und souveränen Schweiz zu reaktivieren. Das eifrig gepflegte Selbstbild einer einsamen Insel des Friedens, die wenig bis nichts mit den grossen Problemen in der weiten Welt zu tun habe, ist unreal. Geleugnet wird damit eine Schweiz, die als einer der weltweit grössten Finanz- und Rohstoffhandelsplätze und Mitglied der Top-20 der Wirtschaftsmächte eine grosse Mitverantwortung zur Lösung globaler und europäischer Herausforderungen hat. Nicht Alleingang, sondern breite und engagierte multilaterale Mitwirkung ermöglicht, Interessen wirksam und nachhaltig wahrzunehmen und die demokratische Handlungsfähigkeit zu stärken.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für eine aktive, mit starken Partnern vernetzte, multilateral orientierte und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Aussenpolitik ein. Die Schweiz soll laut Bundesverfassung (Artikel 54, Absatz 2) «zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» beitragen. Diese Ziele gelten für alle Aussenbeziehungen der Schweiz, einschliesslich Aussenwirtschaft und Sicherheitsfragen: Die Kohärenz in der Aussenpolitik muss deutlich erhöht werden. Die SP steht für eine starke UNO und starke multilaterale Organisationen, die das Völkerrecht achten und weiterentwickeln. Uns schützt nicht das Recht der Mächtigen, sondern die Macht des Rechts.

Das hat die SP erreicht

Unterstützt von der SP hat die Schweiz ihr Engagement in der UNO ausgebaut, ihre Kandidatur für eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat weiter aktiv verfolgt und zusammen mit gleichgesinnten Staaten aus aller Welt Vorschläge zur Reform dieses wichtigsten UNO-Organs vorlegt.

Die SP trägt wesentlich zur aktiven und konstruktiven Rolle der Schweiz im UNO-Menschenrechtsrat und zur Führung zahlreicher bilateraler Menschenrechtsdialog bei. Die SP war treibende Kraft, damit der Bundesrat die Angriffe des neuen EDA-Vorstehers auf die Unterstützung des UN-Hilfswerkes für Palästina (UNWRA) und auf die

bewährte Nahostpolitik der Schweiz abwehrte und den Entscheid zurücknahm, neu Rüstungsexporte in Bürgerkriegsgebiete zu ermöglichen.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die SP will, dass die Schweiz ihr Engagement in der UNO ausbaut, ihre Kandidatur für eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat aktiv verfolgt und ihr Netzwerk in der UNO stärkt.
- Eine multilateral abgestimmte Gesamtstrategie für Frieden, Entspannung und soziale Gerechtigkeit ist auch in Gesamteuropa und im Mittelmeerraum gefordert. Nicht Ausgrenzung und Aufrüstung, sondern Einbindung und Wahrnehmung gemeinsamer Interessen müssen wegleitend sein.
- Die SP versteht sich als Menschenrechtspartei. Die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte sind Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und stehen jedem Individuum voraussetzungslos zu. Der Privatsektor muss bei der Durchsetzung der Menschenrechte in die Mitverantwortung eingebunden werden. Es braucht endlich eine handlungsfähige Menschenrechtsinstitution in der Schweiz.
- Die SP versteht sich als Friedenspartei. Frieden setzt Entwicklung und Sicherheit voraus. Wir wollen uns deshalb der Verantwortung für wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt nicht entziehen und zur wirksamen Umsetzung der wichtigen UNO-Resolution 1325 «Frauen, Frieden, Sicherheit» beitragen.
- Ein funktionierender Staat ist Voraussetzung für sozialen und ökologischen Fortschritt. Die Korruption muss entschieden bekämpft, die demokratische Partizipation auf allen Stufen erhöht und das staatliche Gewaltmonopol gegenüber Warlords und privaten Sicherheitsfirmen durchgesetzt werden. Dafür braucht es eine durchsetzungsfähige UNO, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, einen starken Multilateralismus und ein Völkerrecht, das die Straflosigkeit von verbrecherischem staatlichem Handeln ausschliesst.
- Die SP steht für den Beitritt der Schweiz zur europäischen Sozialcharta und eine deutlich aktivere, konstruktive Mitarbeit der Schweiz in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ein. Die Schweiz muss IAO-Konventionen rascher beitreten und diese konsequenter als bisher umsetzen. Namentlich muss sie endlich die IAO-Konvention Nr. 98 einhalten, den Kündigungsschutz für Gewerkschaftsvertreter/innen stärken sowie Personen, die einen Missstand anzeigen (Whistleblower), wirksam vor missbräuchlicher Kündigung schützen.

FÜR EINE VERANTWORTUNGSVOLLE AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Ausgangslage

Die Schweizer Standortqualität erreicht im internationalen Vergleich Spitzenwerte. Hauptgründe sind der soziale Frieden, die hohe Qualität des Bildungswesens, der Infrastruktur und des Service Public, die politische Stabilität und die hohe Lebensqualität. Diese Grundpfeiler des Schweizer Erfolgsmodells werden durch eine aggressive Steuersenkungspolitik in Frage gestellt, die aus der Schweiz einen Offshore-Standort machen will, der seinen Wettbewerbsvorteil auf die Unterlaufung internationaler Standards baut. Auch die Stimmungsmache gegen die EU verfolgt das strategische Ziel, europäisches Recht zu unterlaufen und stattdessen den Handel mit oft autokratisch regierten Schwellenländern wie China, Russland und Indien zu liberalisieren. Dabei ist klar, dass die grossen Herausforderungen – Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel – auf globaler Ebene nur multilateral und nur im Verbund mit der EU erfolgreich angegangen werden können.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP will keine Wirtschaft im Dienste einiger weniger, sondern im Dienste aller. Die SP will fairen Handel und nicht bloss Freihandel. Sie steht für eine Unternehmenspolitik, die internationale Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards respektiert. Solche Standards müssen multi- und bilateral verbindlich geregelt, geschlechtergerecht ausgestaltet und tatsächlich umgesetzt werden. Transnational tätige Unternehmen müssen in ihrem Tun die Menschenrechte strikte einhalten und diesbezüglich zur Rechenschaft gezogen werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es griffige Sorgfaltspflichten, eine transparente Rechnungslegung, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, namentlich der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), sowie einen starken Multilateralismus statt Deregulierung und nationalistischen Egoismus.

Das hat die SP erreicht

Auf Druck der SP anerkannte der Bundesrat den Grundsatz, dass Handelsabkommen Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte enthalten müssen. Alle neueren Abkommen bekennen sich zu entsprechenden Standards.

Bei dem Investitionsschutz setzte die SP durch, dass neuere Abkommen Klauseln über das Recht auf Regulierung und ein Verbot zur Senkung erreichter Arbeits- und Umweltstandards enthalten.

Erfolgreich war die SP zudem mit der Forderung, dass die Schweiz nach einer langen Zwischenphase wieder einzelnen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) beitrifft und ausserpolitische Initiativen für die Schaffung eines multilateralen Rahmens in der globalen Migrationspolitik ergriffen hat. Auch zum Beitritt der

Schweiz zum Pariser Klimaabkommen und dessen Umsetzung trug die SP massgeblich mit.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Schweiz muss als führender Rohstoffhandelsplatz wirksame Massnahmen gegen den «Rohstoff-Fluch» ergreifen, also gegen die verbreitete Tatsache, dass Länder mit besonders reichen Rohstoffvorkommen besonders korrupte Regierungen mit einer besonders schlechten Menschenrechtssituation sowie eine besonders ungerechte Verteilung des Reichtums aufweisen. Zu diesen Massnahmen gehören eine erhöhte Sorgfaltspflicht der Konzerne, hohe Transparenz im Rechnungswesen mit länderweise konsolidierten Zahlen und eine starke Aufsicht in der Schweiz.
- Es braucht wirksame institutionelle Vorkehrungen, damit die Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit und Einhaltung der Menschenrechte in den Handelsabkommen der Schweiz und der EFTA tatsächlich eingehalten und durchgesetzt werden können einschliesslich einer Abschätzung der Nachhaltigkeitsfolgen und von Verfahrensrechten für die Zivilgesellschaft inkl. Sozialpartner.
- Das Geflecht von weit über 100 bilateralen Investitionsschutzabkommen der Schweiz muss überprüft und nachhaltig ausgestaltet werden. Alle müssen das Recht auf Regulierung, das Verbot zur Verschlechterung von Standards, um daraus Wettbewerbsvorteile abzuleiten, eine Stärkung des nationalen Rechtszuges, eine öffentliche Kontrolle und Verfahrensrechte für Dritte bei internationalen Schiedsgerichten sowie Vorschriften über Transparenz, Nachhaltigkeits- und Sorgfaltspflichten der Investoren beinhalten.
- Die Schweiz hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen zur nachhaltigen Lenkung der globalen Finanzströme verpflichtet. Die ESG-Kriterien (*Environmental, Social and Governance* – Umwelt, Soziales und Governance) müssen die massgebenden Faktoren zur Messung der Nachhaltigkeit und der ethischen Auswirkung einer Investition in ein Unternehmen werden. Das Ziel ist: Kein Rappen mehr für fossile Energien!

FRIEDEN, SICHERHEIT UND STRAFRECHT



FÜR EINE FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK DES GLOBALISIERTEN 21. JAHRHUNDERTS

Ausgangslage

Die Schweiz liegt inmitten eines breiten Rings von stabilen demokratischen Rechtsstaaten und verfügt über eine äusserst komfortable Sicherheitslage. An den Rändern Europas wird aber wieder Krieg geführt. Zudem sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit 1945 nie mehr. Die Zonen der Instabilität sind geografisch zwar weit entfernt. Dennoch wirken sie aufgrund der internationalen Verflechtung auf die Sicherheit der Schweiz zurück: schwache oder fehlende Rechtsstaatlichkeit, Korruption, zivilisationsbedingte Risiken, Terrorismus. Den meisten Sicherheitsrisiken ist mit herkömmlichen militärischen Mitteln nicht beizukommen. Dennoch lenkt die Schweiz ihre finanziellen und personellen Ressourcen im Bereich Sicherheit immer noch überwiegend in eine viel zu grosse Armee, die mit schwerem Gerät auf ein veraltetes Kriegsszenario ab Landesgrenze ausgerichtet ist.

Das sind unsere Grundsätze

Die grossen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen an die Schweiz sind in der heutigen globalisierten Welt weder im Landesinnern noch an der Landesgrenze zu suchen. Vielmehr stellen sie das Ergebnis immer längerer, oft globaler Wirkungsketten dar. Scheinbar fern liegende Entwicklungen in Staat, Wirtschaft, Ökologie, Gesellschaft und Kultur wirken auf die Sicherheit der Schweiz zurück. Auch die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz muss endlich im globalisierten 21. Jahrhundert ankommen, international aktiv mitgestalten und ihren angemessenen Beitrag leisten zum Aufbau einer europäischen Sicherheitszusammenarbeit und zum Ausbau der UNO-Politik zur Verhütung, Eindämmung und Beilegung von Konflikten.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat mit ihren Bündnispartnern den Bundesrat gestoppt, der Kriegsmaterial neu auch in Bürgerkriegsländer exportieren wollte. Zudem erlitt die vereinigte bürgerliche Stahlhelmfraktion anlässlich der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 eine krachende Niederlage: Eine klare Mehrheit lehnte die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge vom Typ Gripen ab.

Die SP wehrte mehrere bürgerliche Angriffe auf den Zivildienst ab. Noch entscheidet der Tatbeweis über die Zulassung zum Zivildienst. Die Zukunft des Zivildienstes ist aber ungewiss.

Die SP setzte sich erfolgreich für die Fortführung des Schweizer Engagements für zivile Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte ein und half mit, dass die grundlegende Bedeutung der Geschlechterfrage für Frieden und Sicherheit anerkannt bleibt (*Gendering security*). Ebenso trug die SP zur Fortsetzung des Einsatzes von Schweizer Soldaten im Kosovo bei (Swisscoy).

Die SP war in National- und Ständerat mit einer Motion erfolgreich, die den sofortigen Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag vorsieht.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die unverzichtbaren alltäglichen luftpolizeilichen Aufgaben können von einem neu zu beschaffenden, leichten Kampfflugzeug übernommen werden. Für den Luftpolizeidienst braucht es keine Höchstleistungs-Kampfflugzeuge, deren Betrieb extrem teuer, lärmig und CO₂-intensiv ist. Damit lässt sich die Nutzungsdauer der vorhandenen F/A-18 weit über das Jahr 2035 hinaus verlängern.
- Die Armee ist zu gross, zu teuer und falsch ausgerüstet. Es braucht mehr europäische Sicherheitszusammenarbeit, mehr, bessere und raschere Friedensförderungseinsätze, deutlich höhere Schwelle für Sicherungseinsätze im Innern und weniger mechanisierte Truppen (Panzer und Artillerie). So können Bestände verkleinert und die Kosten der Armee auf maximal 4 Milliarden Franken jährlich gesenkt werden.
- Die SP steht zum Zivildienst. Er trägt zum sozialen Zusammenhalt bei. Das Spektrum von Einsatzmöglichkeiten muss erweitert werden. Gesuche für den Zivildienst sollen jederzeit eingereicht werden können.
- Die Friedenspolitik der Schweiz muss institutionell aufgewertet werden. Dazu gehören dauerhafte und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Beziehungen zur Zivilgesellschaft, die in Friedensprozessen eine wichtige Rolle spielt. Der Rahmenkredit für zivile Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte 2021–2024 soll deutlich erhöht werden.
- Wenn sich in korrupten oder zerfallenden Staaten das staatliche Gewaltmonopol gegen die eigene Bevölkerung wendet und Warlords die Menschen in Angst und Schrecken versetzen, soll die UNO im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems die Zivilbevölkerung schützen und zu mehr Gewaltfreiheit und menschlicher Sicherheit beitragen. Die militärische Friedensförderung der Schweiz ist auszubauen.

MEHR LEBENSQUALITÄT DANK MEHR ÖFFENTLICHER SICHERHEIT FÜR ALLE

Ausgangslage

Glücklicherweise gehört die Schweiz im internationalen Vergleich zu den Staaten mit einer besonders hohen öffentlichen Sicherheit. Sicherheit stellt sich aber nicht von selber ein, sondern muss immer wieder aufs Neue erarbeitet werden. Die Grundlage unserer Sicherheit – eine inklusive Gesellschaft – ist gefährdet: durch die soziale Spaltung der Gesellschaft, durch Ausgrenzung von Minderheiten, Hasspropaganda, Abwehr von Flüchtlingen, die zu Tausenden im Mittelmeer ertrinken, und durch unsere Passivität gegenüber ungelösten Konflikten an den Rändern Europas. Diese Faktoren bilden den Nährboden für grenzüberschreitende Sicherheitsrisiken wie Schlepperwesen, Menschenhandel, organisierte Kriminalität und Terrorismus. Immer wieder benutzen international aktive korrupte, kriminelle und terroristische Gruppen die Schweiz für logistische Zwecke, für Geldwäscherei oder als Rückzugsgebiet, was sich wiederum negativ auf die Sicherheit der Schweiz auswirken kann.

Das sind unsere Grundsätze

Öffentliche Sicherheit und Sicherheit im Alltag bilden eine unverzichtbare Voraussetzung unserer Lebensqualität. Sicherheit ist ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht zugleich und soll vom Staat im Sinne eines Service Public bereitgestellt werden. Die Achtung der Grundrechte, Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren und Unabhängigkeit der Justiz sind zentral und dürfen auch durch Sicherheitsmassnahmen nicht in Frage gestellt werden. Die SP hat ein umfassendes Sicherheitsverständnis. Repressive Massnahmen gegen Gewalt und Kriminalität sind wichtig, genügen aber nicht, um Sicherheit zu schaffen. Dafür braucht es auch soziale und wirtschaftliche Perspektiven für alle. Im innerhäuslichen Bereich trägt der Staat für die Sicherheit Mitverantwortung. Die internationale Sicherheitszusammenarbeit mit den Schengen-Staaten ist zentral. Auch organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Cyber-Kriminalität können nur grenzüberschreitend erfolgreich bekämpft werden.

Das hat die SP erreicht

Dank der Hartnäckigkeit der SP konnte der Schutz vor Waffengewalt in der Schweiz deutlich verbessert werden. 1998 zählte die Schweiz 466 Schusswaffentote (Summe aus Suizid und Tötung), 2015 waren es 231, also weniger als die Hälfte. Ein strengeres Waffengesetz, ein erschwelter Zugang zu Armeewaffen und ein national vernetztes Waffenregister retteten Hunderten von Menschen das Leben.

Eine von der SP geprägte Politik kombiniert erfolgreich eine Kultur des Hinschauens, der Prävention, der sozialen Förderung und Integration mit punktueller, gezielter Repression. So konnte die Anzahl Jugendstrafurteile wegen Gewaltstraftaten von 2010 bis 2017 fast halbiert werden (von 2661 auf 1439).

Die SP wirkt auch der Privatisierung der Sicherheit entgegen. 2015 trat das neue Bundesgesetz über im Ausland erbrachte private Sicherheitsdienstleistungen in Kraft. Es verbietet Privaten die Teilnahme an Feindseligkeiten und untersagt Sicherheitsdienstleistungen bei schweren Menschenrechtsverletzungen.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Der Schutz kritischer Infrastrukturen (Energieversorgung, Personen- und Güterverkehr, medizinische Versorgung) wurde lange vernachlässigt. Es braucht ein nationales Inventar, eine Meldepflicht bei Vorfällen, ein Kompetenzzentrum, unzweideutige Zuständigkeiten und die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen sowohl bei Privaten als auch bei der öffentlichen Hand.
- Dies gilt namentlich auch für die Cyber-Sicherheit, wo deutlich mehr getan werden muss als bisher. Der Schutz der Datensysteme, die Sicherheit der Daten und die Verfolgung von Datenmissbrauch liegt im öffentlichen Interesse – unabhängig davon, ob sich diese bei Privaten oder Behörden befinden.
- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und anderen Verbrechen wird immer wichtiger. Die polizeiliche, justizielle und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit der EU soll unter Wahrung der Grundrechte weiter vertieft, Schengen entsprechend ausgebaut werden.
- Die Bestände des Grenzwachtkorps und der kantonalen Polizeikorps müssen erhöht, die Armee und private Sicherheitsdienste müssen aus der inneren Sicherheit zurückgedrängt werden. Die Erbringung privater Sicherheitsdienstleistungen muss auch im Inland durch ein Bundesgesetz geregelt und eingeschränkt werden.
- Alle Menschen haben Anspruch auf Sicherheit. Sicherheit ist unteilbar. Nicht Ausgrenzung, sondern Integration schafft mehr Sicherheit. Die SP steht für griffige gesetzliche Bestimmungen zur Integration ein und will für die Förderung der Integration deutlich mehr Geld vom Bund.
- Der Bund muss die die Kantone verpflichten, Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt einzurichten, Zufluchtsorte für Gewaltopfer zu schaffen und die Opfer- und Täterarbeit zu verstärken.

Ausgangslage

In den letzten Jahren verstärkte sich unter dem Eindruck der rechtspopulistischen und konservativen Kreise in der Strafrechtspolitik die Tendenz, einseitig eine härtere Bestrafung der Täterinnen und Täter zu fordern. Zu oft werden unbestrittenermassen tragische Einzelfälle ausgeschlachtet, um isoliert Verschärfungen im materiellen Strafrecht oder im Strafvollzug zu fordern und damit «ein Zeichen zu setzen». Der Ruf nach Vergeltung übertönt den notwendigen Schutz von Opfern und Gesellschaft. Damit werden eine sachliche Diskussion und eine lösungsorientierte Politik erschwert. Ein ganzheitlicher und kohärenter Ansatz in der Strafrechtspolitik geht verloren.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für eine lösungsorientierte Strafrechtspolitik unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze ein. Zur Schaffung von Sicherheit für die Bevölkerung muss ein ganzheitlicher Ansatz mit einer ausgewogenen Mischung zwischen Prävention, Repression, Resozialisierung der Straftäterinnen und Straftäter sowie Opferschutz verfolgt werden. Dabei muss insbesondere der Opferschutz ausgebaut werden. Neue Straftatbestände sollen nur dann eingeführt und Sanktionen nur dann erhöht werden, wenn eine entsprechende Notwendigkeit objektiv erwiesen ist. Das Strafrahmensystem soll in sich kongruent ausgestaltet sein. Den Gerichten ist der notwendige Ermessensspielraum für sachgerechte Entscheide im Einzelfall zu belassen. Eine symbolische Gesetzgebung, getrieben von skandalisierten Einzelfällen, ist kontraproduktiv. Das Strafrecht soll auch in Zukunft nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen.

Das hat die SP erreicht

Ausweitung der Meldepflichten und Melderechte von Fachpersonen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdungen («Kindesschutzvorlage»).

Ausweitung des Straftatbestands der Vergewaltigung auf Opfer aller Geschlechter.

Massvolle Einschränkung der Möglichkeit der strafrechtlichen Wiedergutmachung (Art. 53 StGB), um ein «Freikaufen» unter Ausschluss der Öffentlichkeit insbesondere bei schweren Wirtschaftsdelikten zu verhindern.

Ausweitung des Ordnungsbussensystems, um solche Delikte sowohl für die Fehlbaren wie auch die Strafverfolgungsbehörden effizient und unbürokratisch abzuwickeln.

Das will die SP 2019 bis 2023 erreichen

- Die Harmonisierung der Strafrahmen muss mit Augenmass erfolgen und darf sich nicht in einer Verschärfung der geltenden Sanktionen erschöpfen. Allfällige Anpassungen müssen mit dem Gesamtsanktionssystem kongruent sein. Anpassungsbedarf sehen wir insbesondere bei den Sexualdelikten.

- Die Verfolgung von Straftaten im Internet und insbesondere in den sozialen Medien (Ehrverletzungsdelikte, Hasskriminalität usw.) muss vereinfacht werden, damit das Internet nicht zum rechtsfreien Raum wird.
- Um sexuelle Belästigungen umfassend und konsequent bestrafen zu können, soll neu ein entsprechender Straftatbestand geschaffen werden.
- Um Stalking-Opfer besser zu schützen, soll ein neuer Stalking-Straftatbestand geschaffen werden.
- Bei der Revision der Strafprozessordnung muss die ausgeglichene Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Verfahrensbeteiligten im Vordergrund stehen. Insbesondere die Rechte der Opfer sind ausreichend zu wahren.
- Die Strafverfolgungsbehörden müssen mehr Ressourcen zur Verfügung haben, damit strafrechtlich relevantes Verhalten so rasch als möglich Konsequenzen hat. Eine vorgesehene Staatshaftung beim Rückfall von Täter/innen nach gewährten Vollzugslockerungen oder nach einer bedingten Entlassung lehnen wir entschieden ab.
- Im Bereich der Opferhilfe müssen die Informationsrechte der Opfer ausgebaut, die Prävention gestärkt und die finanziellen Entschädigungen erhöht werden.
- Die Wirtschaftskriminalität muss wirksamer bekämpft werden, insbesondere auf den Finanzmärkten, bei der Geldwäscherei im Immobiliensektor sowie beim Steuerstrafrecht.
- Die Verfolgung internationaler Verbrechen wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen muss entschiedener als bisher angepackt, internationale Strafgerichtshöfe müssen weiterhin unterstützt werden.

WEITERFÜHRENDE MATERIALIEN

Zu Kapitel 2 – Sozialpolitik

- *Grundlagenpapier Sozialhilfe (2015)*
- Zur allgemeinen Erwerbsausfallversicherung siehe *Wirtschaftskonzept (2018)*, Kapitel 3.1.5

Zu Kapitel 3 – Gesundheitspolitik

- *Positionspapier zur Gesundheitspolitik (2017)*

Zu Kapitel 5 – Tertiärbildung

- *Chancengerechtigkeit in der Bildung: eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von grösster Bedeutung*

Zu Kapitel 6 – Finanz- und Wirtschaftspolitik

- *Positionspapier Unsere Wirtschaft (2018)*
- *Studie Digitalisierung: Ein sozialdemokratisches Projekt für den Umgang mit der digitalen Revolution (2018)*
- *Positionspapier Wirtschaftsdemokratie (2016)*

Zu Kapitel 7 – Faire Löhne

- *Massnahmeplan Lohngleichheit endlich umsetzen (2015)*
- *Positionspapier Wirtschaftsdemokratie (2016)*
- *Positionspapier Unsere Wirtschaft (2018)*, Absatz 3.1.6 Löhne und Arbeitsbedingungen sichern

Zu Kapitel 8 – Erschwinglicher Wohnraum

- *Resolution Bezahlbaren Wohnraum für Alle – auch im Alter! (2018)*
- *Resolution erschwinglicher Wohnraum für alle (2011)*

Zu Kapitel 9 – Mehr Kaufkraft

- *Prämienentlastungsinitiative (Argumentarium 2019)*
- *Positionspapier Unsere Wirtschaft (2018)*

Zu Kapitel 10 – Gerechte Finanzpolitik

- *Eine Sozialdemokratische Steuerpolitik für Alle statt für Wenige (2014)*

Zu Kapitel 11 – Gerechte Steuerpolitik

- *Positionspapier Unsere Wirtschaft (2018)*
- *Eine Sozialdemokratische Steuerpolitik für Alle statt für Wenige (2014)*

Zu Kapitel 12 – Sauberer Finanzplatz

- *Positionspapier Unsere Wirtschaft (2018)*, Kapitel 2.3 Globale Entwicklungen
- *Schweiz muss Lehren aus Panama Papers ziehen (2016)*

Zu Kapitel 13 – Service public

- Medienmitteilung *Weg vom Profitdenken – für einen starken Service public zum Wohle aller*; dazu *Diskussionspapier (2018)*
- Masterplan *Post für alle statt für Wenige (2018)*

Zu Kapitel 14 bis 16 – Klima-, Verkehrs- Umwelt und Energiepolitik

- *Energie, Umwelt und Klima: Für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität auf der Strasse (2018)*, Bericht von Roger Nordmann zuhanden der SP Schweiz
- Positionspapier *Verkehr und Finanzplatz als blinde Flecken der Schweizer Klimapolitik: SP will Taten statt Illusionen (2018)*
- *Für einen klimafreundlichen Schweizer Finanzmarkt: Wieso eine konsequent nachhaltige Finanzstrategie die Schweiz weiter bringt (2018)*, Bericht von Beat Jans zuhanden der SP Schweiz
- Weitere Papiere siehe: <https://www.sp-ps.ch/de/themen/umwelt-und-energie>

Zu Kapitel 17 – Für eine umfassende Gleichstellung aller Geschlechter

- *Positionspapier Lohngleichheit (2015)*
- *Resolution zur Gleichstellungspolitik (2017)*
- *Feministisches Manifest (2017)*
- *Fünf-Punkte-Plan gegen Gewalt gegen Frauen (2018)*

Zu Kapitel 18 – Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

- *Parlamentarische Initiative von Nadine Masshardt zur politischen Bildung (2017)*
- *Parlamentarische Initiative von Cédric Wermuth zur Umsetzung von völkerrechtswidrigen Volksinitiativen (2018)*
- *Vernehmlassungsantwort zur Einführung eines obligatorischen Staatsvertragsreferendums (2018)*

Zu Kapitel 19 – Transparenz in der Politikfinanzierung

- *Argumentarium zur Transparenz-Initiative (2018)*
- *Spendenreglement der SP Schweiz (2018)*

Zu Kapitel 20 – Für eine menschenwürdige Ausländer/innen- und Asylpolitik

- *Für eine umfassende und kohärente Migrationspolitik (2012)*
- *Positionspapier zur Umsetzung der Masseinwanderungsinitiative (2014)*
- *Resolution zur politischen Partizipation von Migrant/innen (2018)*
- *Resolution zum Dublin-Abkommen (2018)*
- Weiterführende Informationen zu den *SP MigrantInnen*

Zu Kapitel 21 – Medienpolitik

- *Für ein demokratiegerechtes Mediensystem (2013)*
- *Neues Bundesgesetz über elektronische Medien, Stellungnahme (2018)*
- *Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft und journalistische Qualität, Resolution (2018)*

Zu Kapitel 22 – Digitalisierung

- *Wirtschaftskonzept (2018)*, Kapitel 2.4.5 und 3.2.2
- *Massnahmeplan Internetpapier (2016)*

Zu Kapitel 24 – Europa

- *Roadmap: Die Schweiz braucht gute und stabile Beziehungen zur EU (Parteitag 2016)*
- *Europa mitgestalten – Für mehr und eine bessere, soziale EU (2016)*
- *SP Postulat Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (2017)*

Zu Kapitel 25 – Entwicklung

- *Öffentliche Entwicklungsfinanzierung unter Druck (2015)*

Zu Kapitel 26 – Multilateralismus

- *Friedens- und sicherheitspolitisches Konzept (2017)*

Zu Kapitel 27 – Aussenwirtschaft

- *Wirtschaftskonzept (2018)*
- *Globale Investitionen im Dienste der Nachhaltigkeit. Den Investitionsschutz sozial und ökologisch verträglich ausgestalten*

Zu Kapitel 28 – Frieden und Sicherheit

- *Zehn Thesen der SP Fraktion zur Sicherheitspolitik der Schweiz (2018)*
- *Mehr Sicherheit für den gleichen Preis (Motion 2018)*
- *Revision Zivildienstgesetz (Vernehmlassung 2018)*
- *Planungsbeschluss Schutz des Luftraums (Vernehmlassung 2018)*
- *Konzeptpapier Luftwaffe (DV 2017)*

Zu Kapitel 29 – öffentliche Sicherheit

- *Totalrevision Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (Vernehmlassung 2018)*
- *Meldepflicht bei schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen bei kritischen Infrastrukturen (Postulat 2017)*
- *Verpflichtender Grundschutz für kritische Strominfrastrukturen (Motion 2017)*
- *Umfassende Cybersicherheit für alle statt Cyberwar nur für das VBS (Interpellation 2017)*

Zu Kapitel 30 – Für eine ausgewogene Strafrechtspolitik

- *Strafrahmenharmonisierung (Vernehmlassung 2010)*
- *Revision der Strafprozessordnung (Vernehmlassung 2018)*